STATISTISCHE NATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

23. Jahrgang · Heft 1

Januar 1971

Grafik des Monats: Gebäude und Wohnungen (Karte)

Aufsätze:

Gewerbesteuer 1966

X Erwerbstätige 1970

Ausländer 1970

Baulandumsatz 1962-1969

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein Bibliothek

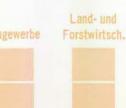
Standort Kiel

Produzierendes Gewerbe

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT

Verkehr und Nachrichtenübermittlung



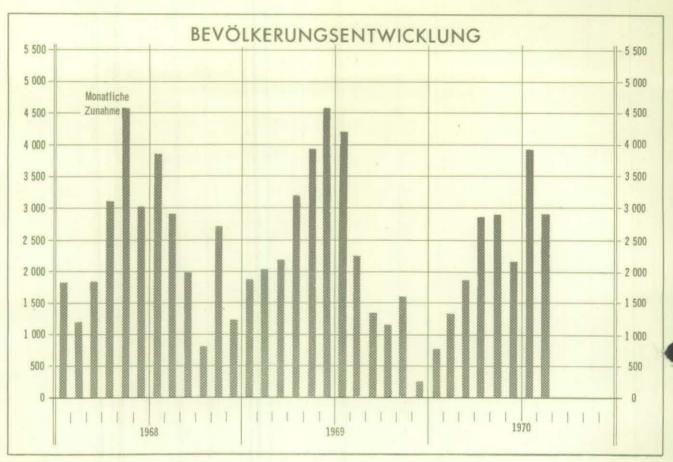




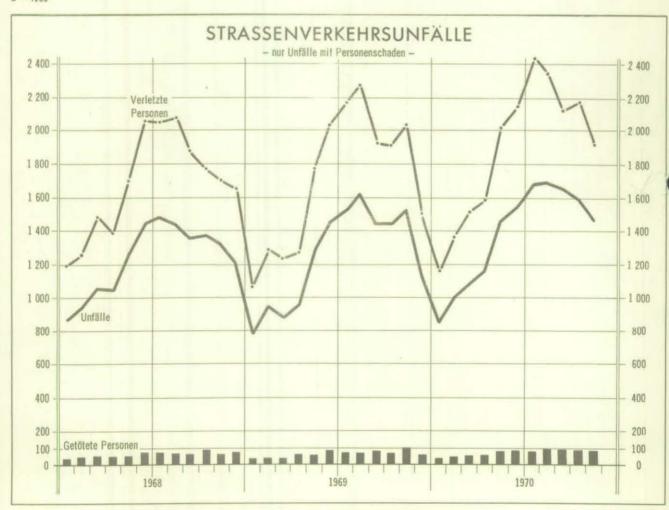




Herausgegeben vom



D-4133



Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

INHALT 1/71

	Seite
Aktuelle Auslese	1
Aus dem Inhalt	2
Aufsätze	
Gewerbeertrag, Gewerbekapital und Meßbeträge in Schleswig-Holstein	2—10
Die Erwerbstätigen im April 1970	10—15
e Ausländer am 30. September 1970 .	15—17
Der Baulandumsatz in Schleswig-Holstein 1962 bis 1969	17—24
Grafik des Monats	12—13
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein) 3. Umsc	hlagseite
Neu erschienen:	
Statistische Berichte	

F O/Gebäude- und Wohnungszählung 1968-3 "Gebäude und Wohnungen in den ahleswig-holsteinischen Kreisen 1968" 142 Seiten, Preis 7,30 DM

> Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 7/1970

Kreiswahl 1970 Bautätigkeit 1969 Geschlechtskrankheiten

Heft 8/1970

Wahlverhalten 1970 Industrie 1960 bis 1969 Viehwirtschaft 1969 Agrarpreise 1969 Verdienste im Handwerk

Heft 9/1970

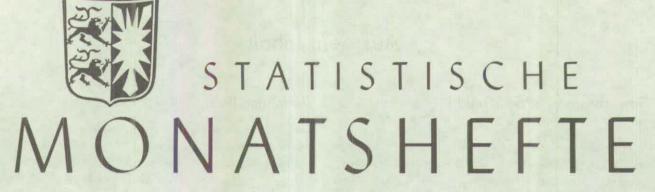
Entwicklungen in der Landwirtschaft Spareinlagen 1966 bis 1969 Gemeindewahl 1970 Verjüngung der Kreisvertretungen

Heft 10/1970

Maschinen in der Landwirtschaft Tiefbau im öffentlichen Auftrag Diagnosen in Krankenhäusern

Heft 11/12/1970

Landtagswahlkreise 1971 Verdienststruktur im öffentlichen Dienst 1968 Gebäude und Wohnungen 1968 (Teil 2) Bausparen 1962—1969 Baulandpreise 1969



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Heft 1 23. Jahrgang

Januar 1971

Aktuelle Auslese



Gemeindefinanzreform bringt den Gemeinden Mehreinnahmen von 115,9 Mill. DM

In die Kassen der schleswig-holsteinischen Gemeinden sind 1970 115,9 Mill. DM mehr

geflossen, als es ohne die Gemeindefinanzreform der Fall gewesen wäre. Die Gemeinden haben 1970 297,6 Mill. DM an Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital eingenommen. Davon mußten sie rund 40 % (120 % des Grundbetrages) oder 125,9 Mill. DM als Gewerbesteuerumlage abführen und erhielten dafür 14 % des schleswig-holsteinischen Gesamtaufkommens an Lohn- und veranlagter Einkommensteuer von 1,7 Mrd. DM, was einem Betrag von 241,7 Mill. DM entspricht. Ohne Gemeindefinanzreform hätten sie also 297,6 Mill. DM eingenommen, und durch die Reform erhielten sie 413,4 Mill. DM.

Landes- und Bundessteuern um 9,2 % gestiegen

Das Aufkommen an Landes- und Bundessteuern betrug 1970 in Schleswig-Holstein 4,1 Mrd. DM, davon entfielen auf das Land nicht ganz 1,7 Mrd. DM (40,9 %). Die Finanzreform hat die Steuerverteilung so geändert, daß ein Vergleich mit dem Vorjahr nur bedingt möglich ist. Es werden daher nur die Veränderungen des Gesamtaufkommens der drei gewichtigsten Steuern dargestellt:

	1970	Veränderung 1970 gegenüber 1969
Lohnsteuer		
(ohne Zerlegungsanteile)	1 081,5 Mill. DM	+ 24,5 %
Veranlagte Einkommensteuer	480,6 Mill. DM	-17,9 %
Umsatzsteuer	867,2 Mill. DM	+ 7,8 %



Erstmalig über 8 000 Studenten

Zum ersten Male in ihrer Geschichte hat die Christian-Albrechts-Universität in Kiel (einschließlich der Medizinischen Akademie

Lübeck) im Wintersemester 1970/71 einen Bestand von rund 8 300 Studenten erreicht. Diese Zahl liegt um 600 höher als im vorigen Semester und um gut 400 höher als vor einem Jahr. Die Zahl der Studienanfänger (1. Hochschulsemester) war mit knapp 1 300 ebenso hoch wie im Wintersemester 1969/70. 26 % aller Studenten sind Frauen, das sind mehr als in den letzten beiden Semestern (24 %).



Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe

39 600 landwirtschaftliche Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlich genutzter Fläche vorhanden. Zu diesen Betrieben gehörte eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von insgesamt 1,115 Mill. ha. Fast zwei Drittel dieser Fläche entfielen auf gut 13 500 Betriebe mit 30 und mehr ha Größe, weitere 20 % auf 9 100 Betriebe zwischen 20 und 30 ha.

Anfang 1970 waren in Schleswig-Holstein



Kräftige Umsatzsteigerung im Bauhauptgewerbe

Die Umsätze (netto) im Bauhauptgewerbe haben 1970 in Schleswig-Holstein voraussichtlich 2 Mrd. DM ausgemacht. Sie werden damit um etwa ein Viertel höher liegen als 1969. Dabei ist allerdings auf die beträchtlichen Baupreissteigerungen hin-

zuweisen, die in der gleichen Zeit ungefähr 15 % betragen haben. Der Umsatzzuwachs erfolgte bei unverändertem durchschnittlichen Beschäftigtenstand und einem Rück-

gang der geleisteten Arbeitsstunden um 1 %.

Aus dem Inhalt

Gewerbesteuer 1966 (Teil 1)

eite 2 Ausländer 1970

Seite 15

In Schleswig-Holstein wurden 1966 insgesamt 56 239 gewerbliche Unternehmen zur Gewerbesteuer veranlagt, 9 % weniger als 1958. Der Gewerbeertrag betrug 1,8 Mrd. DM und das Gewerbekapital 5,8 Mrd. DM. Daraus ergibt sich ein einheitlicher Steuermeßbetrag in Höhe von 81,9 Mill. DM. Dieser Steuermeßbetrag leitet sich zu 85 % aus dem Gewerbeertrag und nur zu 15 % aus dem Gewerbekapital ab. Gegenüber 1958 hat das Gewicht des Gewerbekapitals geringfügig zugenommen.

Die Zahl der Ausländer in Schleswig-Holstein steigt weiterhin an. Ende September 1970 erreichte sie mit 46 000 einen neuen Hächststand. Diese Zahl umfaßt 25 100 Männer, 14 200 Frauen und 6 700 Kinder. Von den Ausländern stammen knapp 41 000 aus Europa. Ein Viertel von ihnen besitzt einen fürkischen Paß.

Erwerbstätige 1970

Seite 10

Von den 2,5 Mill. Einwohnern Schleswig-Holsteins sind gut 1 Million erwerbstätig. Von den Männern waren im April 1970 659 000 erwerbstätig und von den Frauen 343 000. Das bedeutet, daß von 100 Männern 56 und von 100 Frauen nur 26 erwerbstätig sind. Weit über die Hälfte der erwerbstätigen Frauen war verheiratet.

Baulandumsatz 1962-1969

Seite 17

Van 1962 bis 1969 sind in Schleswig-Holstein jährlich im Schnitt 6 300 unbebaute Grundstücke mit einer durchschnitt-lichen Fläche von 2 040 gm veräußert worden. Davon entfielen 48 % auf baureifes Land, 42 % auf Rohbauland und knapp 4 % auf Industrieland. In allen acht Jahren zusammen belief sich der Umsatz auf 103 Mill. gm. Die Entwicklung war nicht kontinuierlich gewesen. Auf- und Abwärtsbewegungen des Baulandmarktes entsprachen vielmehr den konjunkturellen Schwankungen der Gesamtwirtschaft ohne zeitliche Verzögerung.

Gewerbeertrag, Gewerbekapital und Meßbeträge in Schleswig-Holstein

Ergebnisse der Gewerbesteuerhauptstatistik 1966

Durch das Gesetz über Steuerstatistiken 1 ist für das Kalenderjahr 1966 zum zweiten Male nach Kriegsende die Durchführung einer Gewerbesteuerstatistik angeordnet worden. Die erste Erhebung war in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1958 durchgeführt worden. Für das Kalenderjahr 1966 kann das Statistische Landesamt die Ergebnisse erst spät, nämlich über vier Jahre nach dem Berichtszeitraum vorlegen; dennoch dürften diese Zahlen trotz der zeitlichen Verzögerung bis zur Veröffentlichung wertvolle Unterlagen für Überlegungen zur geplanten Gewerbebieten. Die Gewerbesteuersteuerreform statistik ist eine Strukturerhebung, Ihre Aufgabe kann daher nur bis zu einem gewissen Grade darin liegen, aktuelles Zahlenmaterial zu liefern. Die Aktualität muß vernachlässigt werden, wenn es gilt darzustellen, in welcher Weise sich das recht komplizierte System der Gewerbesteuer aus seinen verschiedenen Gliedern zusammensetzt und wie es zu einer Einheit verbunden wird.

Die Gewerbesteuerstatistik besteht aus drei Teilen. In der Gewerbesteuerhauptstatistik wird die Entwicklung des Gewerbeertrages aus dem Gewinn und die Entwicklung des Gewerbekapitals aus dem Einheitswert sowie die Zusammensetzung des einheitlichen Steuermeßbetrages aus beiden Besteuerungsgrund-Zerlegungsanteile lagen dargestellt. Die bleiben hierbei unberücksichtigt. Die Gewerbesteuermeßbetragsstatistik zeigt dann die Auswirkungen der Zerlegung auf die einheitlichen Meßbeträge. In ihr werden auch die regional unterschiedlichen Hebesätze sowie die Höhe des Steuersolls ausgewiesen. Als dritter Teil der Gewerbesteuerstatistik sei noch die Lohnsummensteuerstatistik erwähnt. Die vorliegende Veröffentlichung befaßt sich nur mit den Ergebnissen der Gewerbesteuer-

¹⁾ vom 6, 12, 1966 (BGBI, I, Seite 665)

hauptstatistik, geht also auf die Zerlegungsanteile nicht ein. Über die Auswirkungen der Zerlegung wird später an dieser Stelle besonders berichtet. Die Ergebnisse der Lohnsummensteuerstatistik sind bereits in den Statistischen Monatsheften veröffentlicht worden².

Steuerpflichtige und Steuermeßbeträge

In Schleswig-Holstein wurden im Kalenderjahr 1966 insgesamt 56 239 gewerbliche Unternehmen zur Gewerbesteuer veranlagt. 96,4% der Veranlagten betrieben ihr Gewerbe in der Rechtsform der Einzelfirma oder der Personengesellschaft (OHG, KG), während 3,4% der Unternehmen in der Rechtsform einer nichtnatürlichen Person (insbesondere Kapitalgesellschaften sowie Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften) geführt wurden. Weitere 0,2% der Veranlagten waren Organschaften. Gegenüber dem Jahre 1958 hat sich die Zahl der Veranlagten um 5 554 (9%) verringert.

Die Abnahme der Steuerpflichtigen geht auf verschiedene Ursachen zurück, Zunächst sei auf die seit vielen Jahren anhaltende Konzentration in bestimmten Wirtschaftsbereichen (zum Beispiel Einzelhandel) hingewiesen; durch sie nimmt die Zahl der gewerblichen Unternehmen nachweislich langsam aber stetig ab. Außerdem ist bei Vergleichen mit den Ergebnissen der Gewerbesteuerstatistik 1958 zu berücksichtigen, daß durch Änderungen des Gewerbesteuergesetzes ab 1961 der Freibetrag beim Gewerbeertrag von 2 400 DM auf 7 200 DM ganz erheblich angehoben worden ist. In der Statistik des Jahres 1966 sind also Gewerbesteuerpflichtige nur noch enthalten, wenn entweder die Freigrenze für den Gewerbeertrag (7 200 DM) oder für das Gewerbekapital (6 000 DM) oder beide dieser Grenzen überschritten wurden³. Die erwähnte Abnahme macht sich ausschließlich in den Ergebnissen für die natürlichen Personen bemerkbar.

In 53 763 Fällen oder bei 96% der Steuerpflichtigen führte die Veranlagung zu einer
Besteuerung nach dem Gewerbeertrag, während
in 46 105 Fällen oder bei 82% der Steuerpflichtigen ein Steuermeßbetrag nach dem
Gewerbekapital festgesetzt wurde. Hieraus
ergibt sich, daß im Jahre 1966 78% der
zur Gewerbesteuer Veranlagten sowohl nach
dem Gewerbeertrag als auch nach dem
Gewerbekapital besteuert wurden. Für 18%
der Steuerpflichtigen bildete nur der Gewerbe-

ertrag die Besteuerungsgrundlage. Es dürfte sich hierbei überwiegend um kleinere Betriebe des Handwerks, des Einzelhandels und des privaten Dienstleistungsbereichs handeln, deren Gewerbekapital die Grenze von 6 000 DM nicht überschritt. Für 4% der Steuerpflichtigen bildete nur das Gewerbekapital die Besteuerungsgrundlage. Bei diesen Veranlagten ergab also die Berechnung im Gewerbesteuermeßbescheid ein Gewerbekapital von mehr als 6 000 DM, während der Gewerbeertrag bei natürlichen Personen (einschließlich Personengesellschaften) mit weniger als 7 200 DM, bei nichtnatürlichen Personen mit weniger als 100 DM ausgewiesen wurde.

Im Vergleich mit der Erhebung des Jahres 1958 ergibt sich folgendes Bild:

	1958	1966
Steuerpflichtige nur mit positivem Gewerbekapital	2 %	4 %
Steuerpflichtige nur mit positivem Gewerbeertrag	49 %	18 %
Steuerpflichtige mit positivem Ertrag und Kapital	49 %	78 %
Steverpflichtige insgesamt	100 %	100 %

Hervorzuheben ist in erster Linie die Zunahme der Fälle mit einem Gewerbekapital über 6 000 DM. Die Zahl der Steuerpflichtigen, die nur nach dem Ertrag veranlagt wurden, ist dadurch erheblich zurückgegangen, während es häufiger zu Veranlagungen kam, in denen sowohl nach Ertrag wie auch Kapital Meßbeträge festgesetzt wurden. Man sollte die Bedeutung dieses Wandels in ihrer Wirkung auf das Steuersoll aber nicht überschätzen; sie ist nur gering. Wenn auch das Gewerbekapital seit 1958 relativ stärker zugenommen hat als der Gewerbeertrag, so leiten sich trotzdem immer noch etwa 17/20 des Steuersolls der Gewerbesteuer aus dem Ertrag ab und nur etwa 3/20 aus dem Kapital.

Die von den Finanzämtern im Jahre 1966 festgesetzten einheitlichen Steuermeßbeträge aus Ertrag und Kapital betrugen in Schleswig-Holstein insgesamt 81,9 Mill. DM. Sie dienen den Gemeinden in Verbindung mit den Hebesätzen zur Berechnung des Steuersolls, Zur Summe der Meßbeträge trugen die natürlichen Personen und Personengesellschaften 73%, die nichtnatürlichen Personen 14% und die Organschaften 13% bei. Der einheitliche Steuermeßbetrag nahm gegenüber 1958 um 38,4 Mill. DM zu, was einer Steigerung innerhalb von acht Jahren um 88% entspricht. Wenn man nun noch berücksichtigt, daß der Freibetrag für den Gewerbeertrag inzwischen um das Dreifache auf 7 200 DM angehoben worden ist, so wird besonders deutlich, in welchem Umfang sich die Ertragslage in der gewerblichen Wirtschaft verbessert und die Kapitalausstattung der Unternehmen zugenommen hat.

²⁾ siehe Stat. Monatsh. S.-H. 1969; S. 186 (August)

³⁾ Bei nichtnatürlichen Personen ist die Freigrenze für den Gewerbeertrag aufgehoben; diese Steuerpflichtigen wurden in jedem Falle auch dann erfaßt, wenn der Gewerbeertrag weniger als 7 200 DM, aber mindestens 100 DM betrug

Steuerpflichtige und Besteuerungsgrundlagen in der Gewerbesteuer 1966 und 1958 (ohne Zerlegung)
- Betröge in Mill. DM -

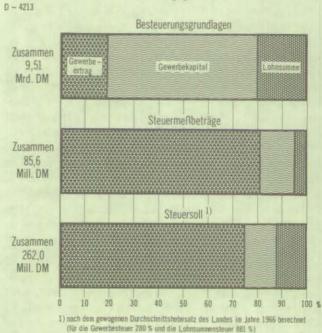
			19	66			1958	
		alle		davon	alle	day		
		Rechts- formen	natürliche Personen	nicht- notürliche Personen	Organ- schaften	Rechts- formen	natürliche Personen	nicht+ natürliche Personen
Steverpflichtige (Anzahl)	%	56 239 100	54 204 96,4	1 930 3,4	105	61 793 100	59 958 97,0	1 835 3,0
Abgerundeter Gewerbeertrag	%	1 835 100	1 568 85,5	111 6,0	1.56 8,5	1 101	891 80,9	210 19,1
Abgerundetes Gewerbekapital	%	5 798 100	3 358 57,9	1 651 28,5	789 13,6	2 714 100	1 378 50,8	1 336 49,2
Steuermeßbeträge								
nach dem Gewerbeertrag	落	70,0	52,5 75,0	8,5 12,2	9,0	38,1 100	27,7 72,7	10,4 27,3
nach dem Gewerbekapital	%	11,9 100	7,0 58,7	3,3 27,8	1,6 13,5	5,4 100	2,7 50,4	2,7 49,6
Einheitlicher Steuermeßbetrag	%	81,9 100	59,5 72,6	11,8 14,5	10,6 12,9	43,5 100	30,4 69,9	13,1

¹⁾ einschließlich Personengesellschaften

70 Mill. DM oder 85% des einheitlichen Meßbetrages leiten sich aus dem Gewerbeertrag ab und nur 15% aus dem Gewerbekapital. Das große Gewicht des Steuermeßbetrages nach dem Ertrag beruht auf der relativ hohen Steuermeßzahl von maximal 5%, die auf den Gewerbeertrag angesetzt wird; demgegenüber wird auf das Gewerbekapital nur eine Meßzahl von 2 o/oo angelegt. Das Verhältnis der Anteile der beiden Besteuerungsgrundlagen am einheitlichen Meßbetrag hat sich seit 1958 zu Gunsten des Gewerbekapitals verschoben. Im Jahre 1958 waren die beiden Besteuerungsgrundlagen noch im Verhältnis von 88 : 12 am einheitlichen Meßbetrag beteiligt. In Anbetracht der nach wie vor großen Bedeutung, die der Gewerbesteuer als einer der wichtigsten Einnahmequellen für die Gemeinden zukommt, macht das Ergebnis der Statistik noch einmal deutlich, daß die tragende Grundlage der kommunalen Steuereinnahmen auch weiterhin von der stark konjunkturempfindlichen Höhe des Gewerbeertrages abhängig ist4. Diese Abhängigkeit hat seit 1958 mehr und mehr zugenommen: An den gesamten kassenmäßigen Steuereinnahmen der schleswig-holsteinischen Gemeinden war die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital 1959 mit 60%, 1966 mit 64% und 1969 mit 67% beteiligt.

Besteuerungsgrundlagen, Steuermeßbeträge und Steuersoll in der Gewerbesteuer 1966

- ohne Zerlegung -



Die Ermittlung des Gewerbeertrages

Der Gewerbeertrag wird in enger Anlehnung an die Gewinnfeststellung nach den Vorschriften des Einkommensteuerrechts ermittelt. Der Gewinn aus Gewerbebetrieb ist nach den Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes um gewisse Beträge zu vermehren oder zu vermindern (Hinzurechnungen, Kürzungen). Diese Berichtigungen des Gewinns sollen dem

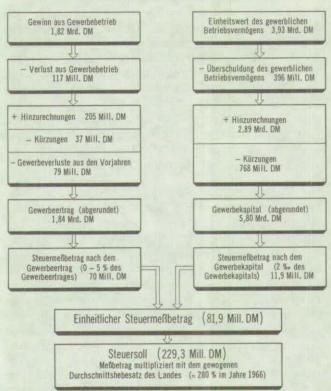
⁴⁾ Die Bestrebungen, die Abhängigkeit zu mildem, haben im Gemeindefinanzreformgesetz vom 8. 9. 1969 ihren Niederschlag gefunden. Vom Kalenderjahr 1970 an führen die Gemeinden erstmals 40% ihres Gewerbesteueraufkammens an Bund und Land ab; sie werden dafür mit 14 % am Landesaufkommen an Lähnsteuer und veränlagter Einkommensteuer beteiligt (Gemeindeanteil an der Einkommensteuer)

Charakter der Gewerbesteuer als einer Objektsteuer (Realsteuer) Rechnung tragen, dasheißt, die Höhe der Steuern soll sich nur nach bestimmten äußeren Merkmalen des Steuerobjektes richten und nach Möglichkeit nicht an die persönlichen Verhältnisse des Steuerzahlers anknüpfen. So sind zum Beispiel die Zinsen für dauernde Schulden dem Gewinn hinzuzurechnen, wenn sie wirtschaftlich mit der Gründung, dem Erwerb oder Erweiterung des Unternehmens zusammenhängen. Abzuziehen ist dagegen zum Beispiel der Ertrag aus der Beteiligung an Personengesellschaften, aber auch aus Grundbesitz, damit er nicht einer Doppelbesteuerung (Gewerbesteuer und Grundsteuer) unterliegt.

Die Geschäftstätigkeit führte bei 53 590 Steuerpflichtigen im Jahre 1966 zu einem Gewinn von insgesamt 1,82 Milliarden DM. Weitere 2 649 Steuerpflichtige (das sind 4,7% der Veranlagten) schlossen das Geschäftsjahr mit einem Verlust in Höhe von 117 Mill. DM ab. Dem Saldo dieser Beträge waren 205 Mill. DM hinzuzurechnen. Wie sich die Hinzurechnungen im einzelnen zusammensetzen, ist aus der folgenden Tabelle zu entnehmen. Den größten Posten unter ihnen machen die Zinsen für

Die Berechnung der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital in Schleswig-Holstein 1966

D – 4214 — ohne Berücksichtigung der Zerlegungsanteile –



Hinzurechnungen und Kürzungen bei der Ermittlung des Gewerbeertrages 1966

	Fälle	Betrag (Mill, DM)	%
Hinzugerechnet sind, soweit gewinnmindernd berücksichtigt:			
Zinsen für Dauerschulden (§ 8 Ziffer 1 GewStG)	27 421	175,0	85,5
Renten und dauernde Lasten (§ 8 Ziffer 2 GewStG)	695	5,7	2,8
Gewinnanteile der stillen Gesellschafter (§ 8 Ziffer 3 GewStG)	172	4,7	2,3
Gewinnanteile der persönlich haftenden Gesellschafter einer KG auf Aktien (§ 8 Ziffer 4 GewStG)	2	0,1	0,0
Die Hälfte der Miet- und Pachtzinsen für fremde Betriebsanlagegüter (§ 8 Ziffer 7 GewStG)	1 680	11,6	5,7
Anteile am Verlust von Personengesellschaften (§ 8 Ziffer 8 GewStG)	131	4,7	2,3
Spenden nach § 11 Ziffer 5 KStG, ausgenommen die Ausgaben zur Förderung wissenschaftlicher Zwecke (§ 8 Ziffer 9 GewStG)	469	1,1	0,5
Viertel Jahresbeträge und Zinsen auf Lastenausgleichsabgaben (§ 212 LAG)	1 016	1,8	0,9
Zusammen	31 586	204,6	100
Abgezogen sind, soweit im Gewinn enthalten:			
3 % des Einheitswertes des am 1.1, 1966 zum Betriebsvermögen gehörenden Grundbesitzes (§ 9 Ziffer 1 Satz 1 GewStG)	19 146	22,1	59,4
Bei Wohnungsunternehmen der Teil des Gewerbeertrages, der auf den Grundbesitz usw. entfällt (§ 9 Ziffer 1 Satz 2 und 3 GewStG)	54	4,2	11,2
Gewinnanteile von Personengesellschaften sowie an nicht steuerbefreiten inländischen Kapitalgesellschaften (§ 9 Ziffer 2 und 2a GewStG)	276	8,7	23,3
Der Teil des Gewerbeertrages, der auf ausländische Betriebsstätten entfällt (§ 9 Ziffer 3 GewStG)	8	0,2	0,6
Die nach § 8 Ziffer 7 GewStG dem Gewinn aus Gewerbebetrieb eines anderen hinzugerechneten Miet- und Pachtzinsen (§ 9 Ziffer 4 GewStG)	11	1,1	2,9
Ausgaben zur Förderung wissenschaftlicher Zwecke (§ 9 Ziffer 5 GewStG)	46	0,3	0,9
Zinsen aus bestimmten festverzinslichen Wertpapieren (§ 9 Ziffer 6 GewStG)	50	0,6	1,6
Gewinnanteile aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen	4	0,0	0,1
Zusammen	19 595	37,3	100

Dauerschulden aus, auf sie entfielen 86% aller Hinzurechnungen. Der um die Hinzurechnungen veränderte Bilanzerfolg konnte nach den Vorschriften des Gesetzes von den Steuerpflichtigen um 37 Mill. DM verkürzt werden, und zwar überwiegend um Abschläge in Höhe von 3% des Einheitswertes des zum Betriebsvermögen gehörenden Grundbesitzes. Außerdem waren Gewerbeverluste aus den Vorjahren in Höhe von 79 Mill. DM abzugsfähig. Als Folge der aufgeführten Additionen und Subtraktionen vom Bilanzgewinn ergab sich ein abgerundeter Gewerbeertrag von insgesamt 1,84 Milliarden DM.

Im Vergleich zu den Ergebnissen von 1958 hat der Bilanzgewinn der Veranlagten stärker zugenommen als der Gewerbeertrag. Zuwachsrate beim Gewinn betrug 78% gegenüber einer solchen von nur 67% beim Gewerbeertrag. Ursache hierfür sind nicht etwa erhöhte Kürzungen oder verringerte Hinzurechnungen. Die Entwicklung ist vielmehr durch eine sehr starke Zunahme der abzugsfähigen Verluste gekennzeichnet, und zwar sowohl derjenigen aus dem Rechnungsjahr 1966 wie auch der aus den Vorjahren. Diese Verluste betrugen im Jahre 1958 nur 9,2 Mill. DM; im Jahre 1966 wurde ihre Höhe mit 195,7 Mill. DM ermittelt. Es sei erwähnt, daß sich diese Beträge aus der Steuerbilanz ableiten. Sie entstehen hauptsächlich durch die Inanspruchnahme bestimmter steuerrechtlicher Vorschriften, die zu einer Verringerung der Steuerlast führen sollen. Echte wirtschaftliche Verluste dürften sich nur in geringem Maß hinter diesen Zahlen verbergen.

Inwieweit der Charakter der Gewerbesteuer durch Hinzurechnungen und Kürzungen zum Steuerbilanzgewinn in Richtung auf eine Objektsteuer geändert wird, soll im Rahmen dieser Untersuchung nicht weiter beurteilt werden. Festzuhalten bleibt, daß die Höhe des Gewinns aus Gewerbebetrieb, die eine sehr stark durch persönliche Verhältnisse geprägte Größe ist, durch Hinzurechnungen und Kürzungen (einschließlich Verlustabzüge) insgesamt gesehen nicht wesentlich verändert wird. Aus dem Gewinn aus Gewerbebetrieb von 1,82 Milliarden DM errechnet sich ein Gewerbeertrag von 1,84 Milliarden DM. Die Besteuerung des Ertrages widerspricht daher dem System der Gewerbesteuer als einer Objektsteuer. Im Grunde handelt es sich hierbei um eine zweite (doppelte) Besteuerung der Einkünfte aus Gewerbebetrieb.

Die Ermittlung des Gewerbekapitals

Ausgangspunkt für die Ermittlung des Gewerbekapitals ist der Einheitswert des gewerblichen Betriebsvermögens. In ähnlicher Weise wie bei der Berechnung des Gewerbeertrages aus dem Gewinn ist der Einheitswert um gewisse Hinzurechnungen und Kürzungen zu berichtigen, damit der Charakter der Gewerbesteuer als Objektsteuer möglichst gewahrt wird. Die Korrekturen des Einheitswerts führen zu einem steuerlichen Gewerbekapitalbegriff, der von den Rechtsbeziehungen zwischen Betriebsinhaber und Betriebsvermögen (zum Beispiel den Eigentumsverhältnissen) losgelöst ist. Hinzuzurechnen sind zum Beispiel Dauerschulden und dem Betrieb dienende Wirtschaftsgüter, die in fremdem Eigentum stehen, soweit es sich nicht um Grundbesitz handelt. Abzuziehen sind dagegen unter anderem Anteile an inländischen Personengesellschaften und nichtsteuerbefreiten Kapitalgesellschaften, aber auch Grundbesitz, der damit der Doppelbesteuerung (Gewerbesteuer und Grundsteuer) entzogen werden soll.

Im Jahre 1966 belief sich in Schleswig-Holstein die Summe der Einheitswerte des gewerblichen Betriebsvermögens auf 3,93 Milliarden DM, die sich aus der Feststellung bei 40 638 Gewerbesteuerpflichtigen ergab. Für weitere 15 601 Veranlagte ergab die Feststellung einen negativen Einheitswert, das heißt ihre Schulden und Rücklagen waren höher als die Summe der bewerteten Wirtschaftsgüter des Anlageund Umlaufvermögens. Insgesamt betrug die Überschuldung im Jahr 1966 396 Mill. DM. Dem Saldo aus positivem und negativem Einheitswert waren 2,89 Milliarden DM hinzuzurechnen, und zwar fast ausnahmslos Verbindlichkeiten im Sinne des § 12 Abs. 2 Ziffer 1 des GewStG. Nur 1,8% der Hinzurechnungen bestanden aus dem Wert der dem Betrieb überlassenen Wirtschaftsgüter, soweit sie nicht in Grundbesitz bestanden. Von der Summe der Einheitswerte Hinzurechnungen waren nach den Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes Kürzungen in Höhe von insgesamt 768 Mill. DM zulässig. Sie entfielen zu 92% auf die bereits der Grundsteuer unterliegenden Einheitswerte Betriebsgrundstücke und zu 7% auf Beteiligungswerte an Personengesellschaften nichtsteuerbefreiten inländischen Kapitalgesellschaften.

Der um die Hinzurechnungen und Kürzungen veränderte Einheitswert macht das Gewerbekapital aus, das sich im Jahre 1966 auf abgerundet 5,80 Milliarden DM belief. Das sind 3,1 Milliarden DM oder 114% mehr als im Jahre 1958. Das Gewerbekapital hat also seit diesem Zeitpunkt stärker zugenommen als der Gewerbeertrag. Während bei der Berechnung des Gewerbeertrages die Bedeutung

Hinzurechnungen und Kürzungen bei der Ermittlung des Gewerbekapitals 1966

	Fälle	Betrag (Mill, DM)	%	
Hinzugerechnet sind, soweit nicht im Einheitswert des gewerblichen Betriebes enthalten:				
Verbindlichkeiten, die den Schuldzinsen usw. des § 8 Ziffer 1 bis 3 GewStG entsprechen (§ 12 Absatz 2 Ziffer 1 GewStG)	27 161	2 835,8	98,2	
Der Wert der dem Betrieb überlassenen Wirtschaftsgüter – außer Grundbesitz – (§ 12 Absatz 2 Ziffer 2 GewStG)	903	52,7	1,8	
Zusammen	28 064	2 888,5	100	
Abgezogen sind, soweit im Einheitswert enthalten:				
Summe der Einheitswerte der Betriebsgrundstücke (§ 12 Absatz 3 Ziffer 1 GewStG)	13 667	707,8	92,2	
Werte der Beteiligungen an Personengesellschaften und an nicht steuerbefreiten inländischen Kapitalgesellschaften (§ 12 Absatz 3 Ziffern 2 und 2a GewStG)	357	56,4	7,3	
Der Teil des Einheitswerts, der auf ausländische Betriebsstätten entfällt (§ 12 Absatz 4 GewStG)	7	1,5	0,2	
Der aufgrund der Ermächtigung in § 9a VStG zugelassene Freibetrag (§ 12a GewStG)	7	1,9	0,2	
Zusammen	14 039	767,6	100	

der abzugsfähigen Verluste erheblich gestiegen ist und sich auf die Zunahme des Ertrages hemmend ausgewirkt hat, steht die Berechnung des Gewerbekapitals mehr und mehr im Zeichen der verstärkten Zunahme der Hinzurechnungen für nicht im Einheitswert enthaltene Verbindlichkeiten. Diese Hinzurechnungen erfuhren von 1958 bis 1966 eine Steigerung um 137%.

Die Schichtung nach dem Gewerbeertrag

Die Klassenbreite der Gewerbeertragsgruppen ist im unteren Teil der Schichtung (bis unter 16 900 DM) dem Staffeltarif zur Ermittlung des Steuermeßbetrages nach dem Gewerbeertrag angepaßt. Für natürliche Personen und Personengesellschaften betragen die Steuermeßzahlen seit 1961:

für die ersten 7 200 DM des Gewerbeertrages 0 %, für die weiteren 2 400 DM des Gewerbeertrages 1 %, für die weiteren 2 400 DM des Gewerbeertrages 2 %, für die weiteren 2 400 DM des Gewerbeertrages 3 %, für die weiteren 2 400 DM des Gewerbeertrages 4 %, für alle weiteren Beträge (über 16 800 DM) des Gewerbeertrages 5 %.

Auf den positiven Gewerbeertrag der Kapitalgesellschaften, Genossenschaften und anderer nichtnatürlicher Personen wird dagegen eine einheitliche Steuermeßzahl von 5% angelegt.

Die Schichtung der Gewerbesteuerpflichtigen 1966 nach Gewerbeertragsgruppen

Gewerbeertragsgruppe von bis unter DM	Steverpfl	ichtige	Abgerun Gewerbee		Abgeron Gewerbei		Einheit Steuermel		Stever- pflichtige	Abge- rundeter Gewerbe- ertrag	Abge- rundetes Gewerbe- kapital	Einheit- licher Steuer- meß- betrog
	Anzohl	%	MIII. DM	% 1	MIII. DM	%	MIII. DM	%		% kur	nuliert	
ohne Gewerbeertrag unter 7:300° 7:300 - 9:700° 9:700 - 12:100° 12:100 - 14:500°	2 476 6 272 6 520 6 006 4 721	4,4 11,2 11,6 10,7 8,4	- 141 27 55 65 62	1,4 2,8 3,3 3,2	685 139 76 90 93	11,8 2,4 1,3 1,6 1,6	1,3 0,3 0,3 0,5 0,7	1,6 0,4 0,3 0,6 0,9	4,4 15,6 27,2 37,9 46,3	1,4 4,2 7,5 10,7	11,8 14,2 15,5 17,1 18,7	1,6 2,0 2,3 2,9 3,7
14 500 - 16 900 ^a 16 900 - 25 000 25 000 - 50 000 50 000 - 100 000 100 000 - 200 000	4 238 9 741 9 930 3 894 1 505	7,5 17,3 17,7 6,9 2,7	66 199 341 255 206	3,3 10,1 17,3 13,4 10,4	94 302 583 578 542	1,6 5,2 10,1 10,0 9,4	1,0 4,7 12,1 12,4 10,4	1,2 5,7 14,8 15,1 12,6	53,8 71,1 88,7 95,7 98,3	14,0 24,1 41,4 54,8 65,2	20,3 25,5 35,6 45,6 55,0	5,0 10,7 25,5 40,6 53,3
200 000 - 500 000 500 000 - 1 Mill. 1 Mill 2 Mill. 2 Mill 5 Mill. 5 Mill. und mehr	660 170 60 31 15	1,2 0,3 0,1 0,1 0,0	199 119 81 87 201	10,1 6,0 4,1 4,4 10,2	626 469 250 317 953	10,8 8,1 4,3 5,5 16,4	10,6 6,7 4,5 4,8 11,7	13,0 8,2 5,5 5,8 14,3	99,5 99,8 99,9 100 100	75,3 81,3 85,4 89,8 100,0	65,8 73,9 78,2 83,7 100,0	66,2 74,3 79,9 85,7 100,0
Insgesamt	56 239	100	1 835	100	5 798	100	81,9	100	100	100	100	100

¹⁾ Die Anteile sind von der Summe des positiven Gewerbeertrages (1 976 Mill. DM) errechnet

a) Die Gruppengrenzen liegen jeweils um 100 DM höher als die Grenzen des Staffeltarifs, weil ihnen die wirklichen Gewerbeerträge zugrunde liegen, die für die Steuerberechnung jedoch auf volle hundert Mark nach unten abgerundet werden

Die Gliederung nach der Höhe des Gewerbeertrages weist für über die Hälfte aller zur Gewerbesteuer Veranlagten (54%) in Schleswig-Holstein im Jahre 1966 einen Gewerbeertrag aus, der unter 16 900 DM lag. Hieraus ergibt sich, daß etwa die Hälfte der natürlichen Personen bei der Besteuerung ihres Ertrages den Plafonds mit einem Steuersatz von 5% für Gewerbeerträge über 16 800 DM nicht erreicht.

Weitere 42% der Steuerpflichtigen erzielten einen Ertrag zwischen 16 900 und 100 000 DM. und nur 4% hatten Erträge, die 100 000 DM überschritten. Diese 4% der Veranlagten vereinigten aber 45% des Gewerbeertrages und über 54% des Gewerbekapitals auf sich. Am einheitlichen Steuermeßbetrag waren sie sogar mit knapp 60% beteiligt. Dieser starken Massierung des Gewerbeertrages und insbesondere des Gewerbekapitals in den oberen Gruppen steht die Vielzahl der Veranlagten mit geringen Erträgen und häufig auch unbedeutender Kapitalausstattung gegenüber. Die 54% der Steuerpflichtigen in den unteren sechs Gewerbeertragsgruppen erzielten zusammen nur 14% des gesamten Ertrages, waren an der Kapitalausstattung mit 20% beteiligt und hatten am einheitlichen Steuermeßbetrag nur einen Anteil von 5%. Die stärkste Besetzung mit Steuerpflichtigen fiel unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Gruppenbreite in die Gewerbeertragsgruppe von 7 300 bis 9 700 DM. Die Steuerpflichtigen mit Ertrag zwischen diesen beiden Schwellenwerten sind sich innerhalb der gesamten Schichtung am ähnlichsten (dichtester Wert). In die Gruppe fielen 11,6% der Veranlagten, die nur 2,8% des gesamten Ertrages, 1,3% des gesamten Kapitals und sogar nur 0,3% des gesamten einheitlichen Steuermeßbetrages auf sich vereinigten.

Hervorzuheben ist die unterschiedliche Verteilung des Gewerbeertrages und des Gewerbekapitals auf die einzelnen Ertragsgruppen. Der Gewerbeertrag verteilt sich (wie nicht anders zu erwarten) im wesentlichen auf die mittleren und oberen Ertragsgruppen. .Das Gewerbekapital ist zwar am stärksten in der höchsten Ertragsgruppe vertreten, die zweitstärkste Besetzung liegt jedoch in der niedrigsten Gruppe "Ohne Gewerbeertrag". In dieser Gruppe verbergen sich zu einem erheblichen Teil nichtnatürliche Personen mit bedeutender Kapitalausstattung, deren Steuerbilanz im Jahre 1966 einen Verlust aus Gewerbebetrieb auswies oder die abzugsfähige Verluste aus den Vorjahren geltend machen konnten. Derartige Abzüge bewirken eine starke Senkung der Steuerlast; das verbleibende Gewerbekapital ergibt dagegen wegen der geringen Steuermeßzahl von 2 o/oo nur eine verhältnismäßig geringe steuerliche Belastung: obwohl die 2 476 Steuerpflichtigen ohne steuerlichen Gewerbeertrag 12% des gesamten Gewerbekapitals auf sich vereinigten, waren sie nur mit 1,6% am einheitlichen Steuermeßbetrag beteiligt.

Gegenüber den Ergebnissen von 1958 hat die Besetzung der untersten Gewerbeertragsgruppe (ohne Gewerbeertrag) mit Steuerpflichtigen um 89% zugenommen. In den beiden folgenden Ertragsgruppen (unter 7 300 DM und 7 300 bis 9 700 DM) nahm dagegen die Zahl der Veranlagten erheblich ab. Dies gilt insbesondere für die Gruppe unter 7 300 DM Gewerbeertrag, in der die Zahl der Gewerbesteuerpflichtigen von 27 566 auf 6 272 zurückging, was einer Abnahme um 77% entspricht. Der größte Teil dieser Steuerpflichtigen dürfte seit 1958 im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung in höhere Ertragsgruppen aufgestiegen sein. So weisen denn auch alle Gewerbeertragsgruppen über 9 700 DM eine erheblich größere Zahl von Steuerpflichtigen auf als im Jahre 1958. Die Zahl der "Ertragsmillionäre" erhöhte sich seitdem von 61 auf 106.

Die Schichtung nach dem Gewerbekapital

Die Schichtung nach der Höhe des Gewerbekapitals zeigt eine relativ starke Besetzung der niedrigsten Gruppe mit Steuerpflichtigen ohne Gewerbekapital und eine noch stärkere Konzentration des Gewerbekapitals und des einheitlichen Meßbetrages in den obersten Kapitalgruppen. Bei 18% aller Veranlagten (im Jahre 1958 waren es noch 49%!) wurde ein positives Gewerbekapital nicht festgestellt. Dennoch waren diese Unternehmen mit einem Anteil von 9,3% am Gewerbeertrag beteiligt, woraus sich ein Steuermeßbetrag in Höhe von 3,1 Mill. DM - das sind 3,8% des gesamten einheitlichen Steuermeßbetrages - ableitete, Ein Gewerbekapital von 1 Mill. DM und mehr hatten nur 657 Steuerpflichtige, das sind 1,2% (1958: 0,4%) aller Veranlagten. Diese wenigen Steuerpflichtigen partizipierten im Jahre 1966 mit 23,4% am gesamten Gewerbeertrag, mit 54,8% am gesamten Gewerbekapital und 38,3% am einheitlichen Steuermeßbetrag. Die Prozentzahlen lassen die besonders starke Massierung des Gewerbekapitals auf wenige Großunternehmen erkennen, eine Konzentration, wie sie bei der Schichtung nach der Höhe des Gewerbeertrages für beide Besteuerungsgrundlagen nicht festzustellen ist. Die Zusammensetzung des einheitlichen Steuermeßbetrages aus dem Meßbetrag nach dem Ertrag und dem Kapital in den einzelnen Kapitalgruppen läßt erkennen, daß mit zunehmender Kapitalausstattung (von gering-

Die Schichtung der Gewerbesteuerpflichtigen 1966 nach Gewerbekapitalgruppen

Gewerbekapitalgruppe von bis unter DM	Steverpflichtige		Abgerundeter Gewerbeertrag		Abgerundetes Gewerbekapital		Einheitlicher Stevermeßbetrog		davon Me nach	
	Anzahl	%	MII. DM	%	MIII. DM	% ¹	Mill. DM	%	9	6
ohne Gewerbekapital unter 6 000 6 000 - 10 000 10 000 - 20 000	10 134 856 6 787 11 286	18,0 1,5 12,1 20,1	171 14 80 163	9,3 0,8 4,4 8,9	- 28 3 50 158	0,0 0,9 2,7	3,1 0,3 1,3 3,4	3,8 0,3 1,6 4,2	100 100 92,6 90,9	0,0 0,0 7,4 9,1
20 000 - 30 000 30 000 - 40 000 40 000 - 50 000 50 000 - 70 000	6 961 4 425 2 926 3 574	12,4 7,9 5,2 6,4	122 96 71 110	6,6 5,2 3,9 6,0	167 151 129 208	2,9 2,6 2,2 3,6	3,1 2,9 2,4 4,1	3,8 3,5 2,9 5,0	89,4 89,7 89,2 89,7	10,6 10,3 10,8 10,3
70 000 - 100 000 100 000 - 250 000 250 000 - 500 000 500 000 - 1 Mill.	2 764 3 812 1 310 747	4,9 6,8 2,3 1,3	105 216 126 130	5,7 11,8 6,9 7,1	228 576 451 515	3,9 9,9 7,7 8,8	4,3 10,5 7,6 7,5	5,2 12,8 9,3 9,1	89,4 89,0 82,1 86,6	10,6 11,0 17,9 13,4
1 MIII 2,5 MIII. 2,5 MIII 5 MIII. 5 MIII 10 MIII. 10 MIII. und mehr	429 127 52 49	0,8 0,2 0,1 0,1	129 81 49 171	7,0 4,4 2,7 9,3	652 444 365 1 729	11,2 7,6 6,3 29,7	8,2 5,0 3,2 15,0	10,0 6,1 3,9 18,3	84,5 82,4 77,7 77,7	15,5 17,6 22,3 22,2
Insgesamt	56 239	100	1 835	100	5 798	100	81,9	100	85,5	14,5

¹⁾ Die Anteile sind von der Summe des positiven Gewerbekapitals (5 826 Mill, DM) errechnet

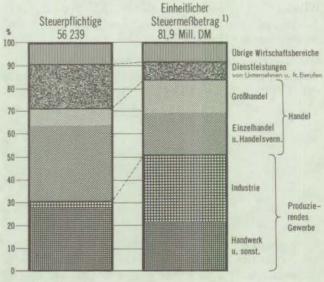
fügigen Ausnahmen abgesehen) das Gewicht des Kapitals am einheitlichen Meßbetrag steigt und der Anteil, der auf den Ertrag entfällt, entsprechend abnimmt. Trotzdem bleibt auch in den obersten Kapitalgruppen die dominierende Stellung des Meßbetrages nach dem Ertrag erhalten: auf ihn entfielen auch bei den kapitalintensivsten Unternehmen über drei Viertel des einheitlichen Steuermeßbetrages.

Wirtschaftliche Gliederung

Von 56 239 durch die Gewerbesteuerstatistik erfaßten Steuerpflichtigen gehörten 41% zur Wirtschaftsabteilung Handel. Weitere 31% waren im Produzierenden Gewerbe tätig; hierzu zählen die Wirtschaftsabteilungen Energiewirtschaft, Wasserversorgung Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe sowie Baugewerbe. Der dritte große Wirtschaftsbereich, Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen (soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht), vereinigte 19% der Steuerpflichtigen auf sich. Der hohe Anteil des Handels an der Zahl der Gewerbesteuerpflichtigen geht hauptsächlich auf den Einzelhandel zurück, 28% aller Unternehmen angehören. Innerhalb des Produzierenden Gewerbes macht das Handwerk den größten Teil der Steuer-24% aller Veranlagten pflichtigen aus; sind Handwerksbetriebe des Verarbeitenden Gewerbes oder des Baugewerbes.

Für das unterschiedliche Gewicht der Unternehmen und deren Steuermeßbeträge sind die in den einzelnen Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlichen Betriebsgrößen ausschlaggebend. Mit der Betriebsgröße eng verknüpft sind die differenzierten Ertragsund Kapitalverhältnisse der Unternehmen. Die kapitalintensiven Großbetriebe in der Industrie, hierunter insbesondere die Unternehmen der Energiewirtschaft und Wasserversorgung, vereinigen daher im Vergleich zu ihrem Anteil der Steuerpflichtigen einen außergewöhnlich hohen Anteil am Steuermeß-

Gewerbesteuerpflichtige und einheitliche Steuermeßbeträge 1966 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen – ohne Zerlegung –



1) nach Ertrag und Kapital

		ver- htige	Abge- rundeter Gewerbe- ertrag	Steue meßbe nach Gewei ertro	trag dem rbe-	Abge- rundetes Gewerbe- kapital	Steue meßbe nach d Gewer kapit	trag dem be-		heitlic ermeßb	
	Anzahl	%	Mill, DM	MIII. DM	%	MIII. DM	MIII. DM	%			tigen in DM
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	1 105	2,0	11	0,5	0,6	62	0,1	1,1	0,6	0,7	526
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	95	0,2	53	2,6	3,8	744	1,5	12,5	4,1	5,1	43 537
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) darunter	11 184	19,9	559	24,4	34,8	1 798	4,1	34,3	28,5	34,8	2 545
Industrie Handwerk	1 518 8 266	2,7	301 215	16,2 6,5	23,1	1 336 338	3,2 0,7	26,5 5,8	19,3 7,2	23,6	12 742 868
Baugewerbe darunter	5 907	10,5	214	8,1	11,5	445	0,9	7,7	9,0	11,0	1 520
Industrie Handwerk	53 5 357	0,1 9,5	6 187	0,3 6,9	0,4	50 340	0,1 0,7	0,8 5,9	0,4 7,6	0,5	7 811 1 424
Handel	22 859	40,6	644	23,5	33,5	1 689	3,4	28,7	26,9	32,8	1 176
davon Großhandel Handelsvermittlung Einzelhandel	3 943 3 191 15 725	7,0 5,7 28,0	183 66 395	9,8 1,6 12,0	14,0 2,4 17,2	880 42 767	1,8 0,1 1,5	15,0 0,7 13,0	11,6 1,7 13,6	14,1 2,1 16,6	2 935 543 863
Verkehr	3 107	5,5	76	2,6	3,7	489	0,7	6,1	3,3	4,1	1 068
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	1 081	1,9	68	2,6	3,7	255	0,5	4,3	3,1	3,8	2 868
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	10 836	19,3	212	5,8	8,2	282	0,6	4,8	6,3	7,7	584
Sonstige Wirtschaftsbereiche	65	0,1	- 1	0,0	0,0	35	0,1	0,6	0,1	0,1	1 585
Insgesamt	56 239	100	1 835	70,0	100	5 798	11,9	100	81,9	700	1 456

¹⁾ nur gewerbliche Unternehmen im Sinne des Einkommensteuergesetzes

betrag nach dem Gewerbekapital, aber auch am Meßbetrag nach dem Gewerbeertrag auf sich. Etwa 3% der Veranlagten waren Industrieunternehmen. Allein sie vereinigten über 29% des gesamten einheitlichen Steuermeßbetrages auf sich. Man kann daher diese wenigen Unternehmen als eine tragende Säule des Gewerbesteueraufkommens bezeichnen. Daneben ergab sich nur noch für den Großhandel im Vergleich zur Zahl der Steuerpflichtigen ein überdurchschnittlicher Anteil am Steuermeßbetrag.

Im Gegensatz hierzu sind das Handwerk, der Einzelhandel und die Handelsvermittlung sowie die Dienstleistungsbetriebe bei hoher Steuerpflichtigenzahl am einheitlichen Steuermeß-

betrag in relativ geringem Maße beteiligt. 77% aller Gewerbesteuerpflichtigen waren im Jahre 1966 in den genannten Wirtschaftsbereichen tätig; ihr Anteil am einheitlichen Steuermeßbetrag belief sich jedoch nur auf 44%. Die geringen Meßbeträge dieser Steuerpflichtigen ergeben sich hauptsächlich daraus, daß ihr Gewerbeertrag nur selten über die unteren Ertragsgruppen hinausgeht und daß außerdem durch die Vielzahl der Fälle der Anteil der Freibeträge am gesamten Gewerbeertrag außerordentlich hoch ist. Gerade in Gemeinden mit überwiegend kleingewerblicher Betriebsstruktur können sich die vielen Freibeträge auf das Gewerbesteueraufkommen sehr ungünstig auswirken. Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Die Erwerbstätigen im April 1970

Ergebnisse des Mikrozensus

Im April 1970 waren von den 2,5 Millionen Einwohnern Schleswig-Holsteins 1 003 000 erwerbstätig, 8 000 arbeitslos oder arbeitsuchend und 1 490 000 standen außerhalb des Erwerbslebens. Von den Männern waren 659 000 erwerbstätig, von den Frauen 343 000: Das bedeutet, daß von 100 Männern 56 und von 100 Frauen nur 26 erwerbstätig waren. Weit über die Hälfte der weiblichen Unternehmer, mithelfenden Familienangehörigen

Wohnbevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben, Alter und Geschlecht

	1			0.3		Wei	blich	
	Insget	samt	Männ	lich	zusam		verheir	atet
	in 1 000	%	in 1 000	%	in 1 000	96	In 1 000	%
Erwerbstötige (ohne Saldaten) bis unter 15 Jahre 15 " " 25 " 25 " " 35 "	(.) 180 253	(.) 18 25	(.) 97 177	(.) 15 27	(.) 82 76	24	19 58	10 29
35 " " 45 " 45 " " 55 " 55 " " 65 " 65 Johre und älter	201 167 169 34	20 17 17 3	141 100 121 24	21 15 18 4	60 67 48 (9)	20 14	48 44 24 (.)	24 23 12 2
Zusammen	1 003	100	659	100	343	100	196	100
Arbeitslose und Arbeitsuchende (soweit nicht erwerbstätig, ohne Schüler und Studierende)	(8)		(.)	*	(.)		(.)	
Nichterwerbspersonen	1 490		507		982		441	6
Insgesamt	2 500		1 170		1 330	- 8	639	

und Arbeitnehmer - nämlich 196 000 - waren verheiratet. Der Anteil der Frauen und Männer an den Arbeitslosen und Arbeitsuchenden war etwa gleich.

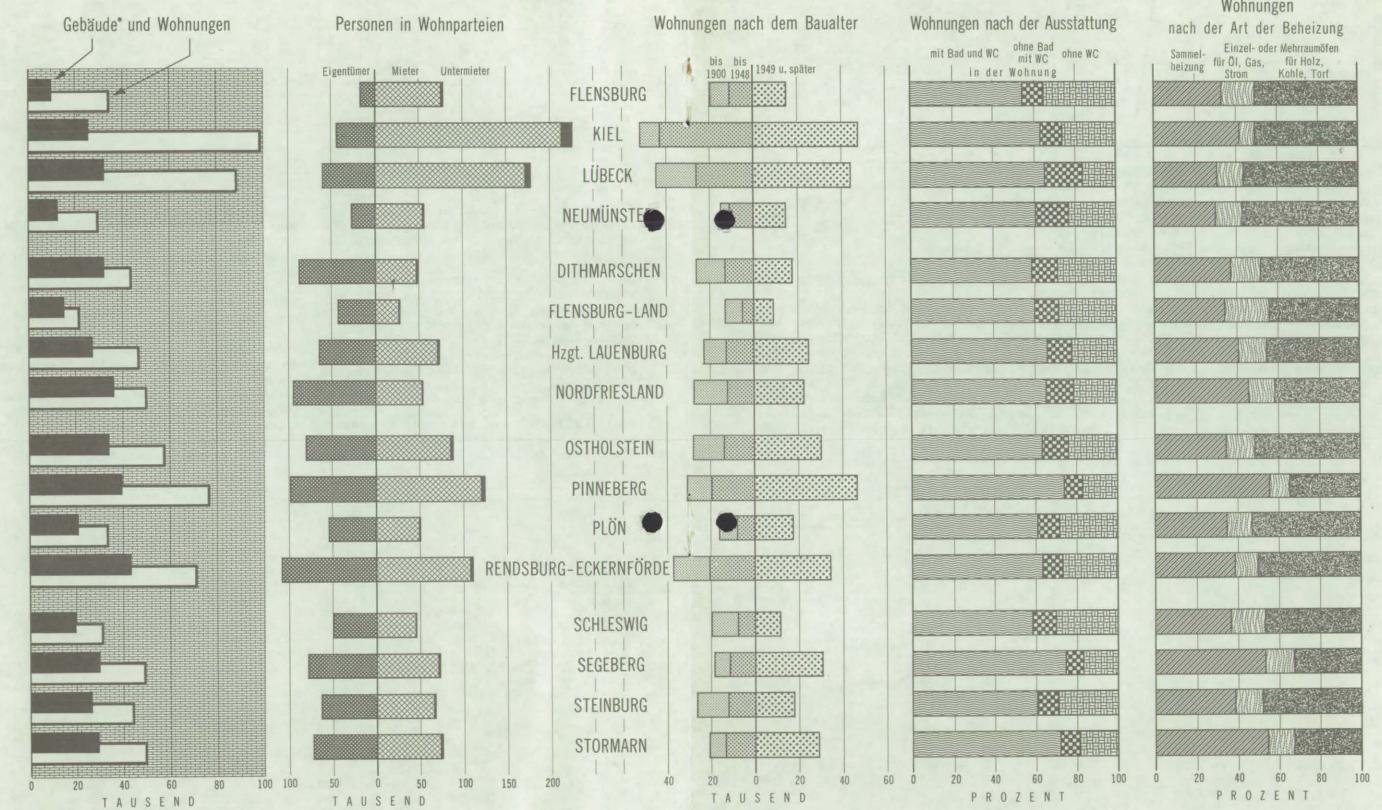
Die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft liegt mit 115 000 knapp unter dem Vorjahresstand. Auch im Handel und Verkehr sowie in den Dienstleistungen sind keine großen Veränderungen festzustellen. In diesen beiden Wirtschaftsbereichen waren 215 000 und 286 000 Personen beschäftigt. Im Produzierenden Gewerbe stieg die Zahl der Tätigen dagegen um 14 000 auf 386 000 an.

Fast die Hälfte der Erwerbstätigen waren Arbeiter oder gewerbliche Lehrlinge. Die Beamten und Angestellten (einschließlich kaufmännischer Lehrlinge) folgen mit 36% vor den Selbständigen und den mithelfenden Familienangehörigen mit 11 und 6%. Die Arbeiter dominieren im Produzierenden Gewerbe, die Beamten und Angestellten in den Dienstleistungsbetrieben und Behörden, die Selbständigen und die mithelfenden Familienangehörigen dagegen in der Landwirtschaft.

Von hundert 15- bis 65jährigen Männern stehen 88 im Berufsleben, von 100 gleichaltrigen Frauen 41. Das Bild zeigt die mit dem Alter unterschiedlich verlaufenden Erwerbstätigkeitsquoten für die beiden Geschlechter. Die Quoten der Männer steigen zunächst an, erreichen für die 30- bis 45jährigen mit 99% ihr Maximum und fallen langsam ab.

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereich, Stellung im Beruf und Geschlecht
– in 1 000 –

			Erwerbstätige		davon im Wirtschaftsbereich						
Stellung Im Beruf			(ohne Soldaren) Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen				
Selbständige		männlich werblich zusammen	96 18 114	37 (,) 40	21 (.) 22	22 (7) 29	16 (6) 23				
Mithelfende Familien	angehörige	männlich weiblich zusammen	(9) 52 61	(8) 35 43	(.) (.) (.)	(.) (6) (7)	(.) (7) (7)				
Beamte und Angestel (einschließlich kauf		männlich weiblich zusammen	204 156 361	(.) (.) (.)	50 30 80	58 52 110	95 74 169				
Arbeiter (einschließlich gewe	erbl. Lehrlinge)	männlich weiblich zusammen	351 117 467	26 (.) 30	232 48 280	53 15 69	40 48 88				
Insgesomt	Anzahl	männlich weiblich zusammen	659 343 1 003	72 43 115	302 84 386	134 81 215	151 135 286				
	%	männlich weiblich zusammen	700 100 100	11 13 12	46 25 39	20 24 21	23 39 29				

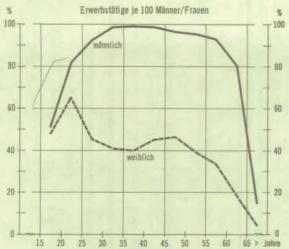


*) ohne Wochenend- und Ferienhäuser

Gebäude- und Wohnungszählung am 25. Oktober 1968

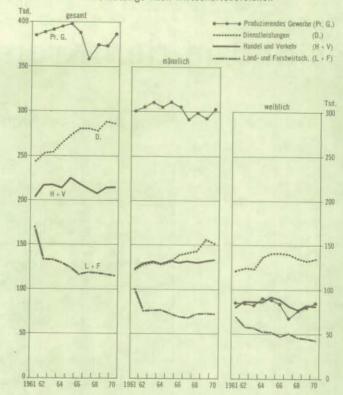


Die Erwerbstätigkeitsquote nach dem Alter



Von den 60- bis 65jährigen standen immer noch 80% im Erwerbsleben. Bei den Frauen zeigt die Gruppe der 20- bis 25jährigen den höchsten Beschäftigtenstand, nämlich 65%. Die Quote fällt auf 40% für die 35- bis 40jährigen, steigt dann für die 40- bis 45jährigen auf 45% und für die 45- bis 50jährigen auf 47% an. Dann sinkt sie stetig ab. Die Unterschiede zwischen den Quoten der Männer und der Frauen hängen zusammen mit dem unterschiedlichen Ausbildungsgang, mit Heirat und Niederkunft der Frauen und ihrem späteren Wiedereintritt ins Erwerbsleben. Bemerkenswert ist, daß die Erwerbsquote der ganz jungen Männer und Frauen in den letzten Jahren als Folge der immer qualifizierteren und damit längeren schulischen Ausbildung weiter gesunken ist.

D - 4204 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen



In den zehn Jahren seit der Volkszählung von 1961 hat sich die Erwerbsstruktur stark verändert. Von Jahr zu Jahr stieg die Zahl derjenigen, die in dem Dienstleistungsbereich einer Beschäftigung nachgingen, und fiel die Zahl derjenigen, die in der Landwirtschaft tätig waren. Das gilt sowohl für die männlichen als auch für die weiblichen Erwerbspersonen. In den Wirtschaftsbereichen des Produzierenden

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und ihrem Anteil an ausgewählten Bevölkerungsgruppen

		Erwerbstätige (ohne Soldaten)									
Wirtschaftsbereich		1965	1966	1967	1968	1969	1970				
		MARKET		in I	000						
Land- und Forstwirtschaft,	männlich	73	69	69	73	73	72				
Tierhaltung und Fischerei (0)	weiblich	52	47	50	46	44	43				
Produzierendes Gewerbe (1 – 3)	männlich	310	305	291	298	293	302				
	weiblich	89	84	67	77	80	84				
Handel und Verkehr (4 und 5)	männlich	133	130	132	131	132	134				
	weiblich	92	88	81	77	82	81				
Sonstige Wirtschaftsbereiche	männlich	132	139	141	143	1.56	1.51				
(Dienstleistungen) (6 – 9)	weiblich	141	141	140	135	133	1.35				
Insgesamt	männlich	647	643	632	644	653	659				
	weiblich	373	360	338	335	338	343				
	zusammen	1 021	1 003	971	979	992	1 003				
				9	6						
Anteil											
an der Gesamtbevälkerung	männlich	59	58	56	56	56	56				
	weiblich	30	28	26	26	26	26				
an der Bevölkerung	männlich	89	90	88	88	88	88				
von 15 – 65 Jahren	weiblich	45	43	41	40	41	41				
der Frauen on allen Erwerbstätigen		37	36	35	34	34	34				

Gewerbes sowie des Handels und Verkehrs änderte sich, was die Zahl der Tätigen angeht, nicht viel. Die Kurven zeigen aber, wie konjunkturabhängig das Produzierende Gewerbe war. Die Beschäftigtenzahl fiel im Krisenjahr 1967 gegenüber dem Vorjahr um 30 000.

Der zunehmenden Bedeutung des Dienstleistungsbereichs entspricht ein starker Anstieg der tätigen Angestellten. Ferner hat die Substitution der Arbeiter, Mithelfenden und Selbständigen durch die Angestellten zur Vergrößerung ihrer Zahl beigetragen. Gegenüber 1961 wurden 1970 75 000 Angestellte und Beamte mehr erfaßt. Die Zunahme der Tätigen im Dienstleistungsbereich beläuft sich nur auf 43 000 Personen. Stark abgenommen hat in den letzten zehn Jahren die Zahl der Selbständigen und der im Betrieb des Ehepartners oder eines Verwandten Mithelfenden, nämlich um 51 000, davon allein 33 000 in der Land- und Forstwirtschaft. Die Arbeiter haben ihren Stand von 1961 ungefähr wahren können. Nach dem Konjunktureinbruch von 1967, der sie neben den weiblichen Angestellten am stärksten betroffen hatte, ist ihre Zahl in den letzten drei Jahren wieder kräftig gestiegen.

Zur Methode

Als Erwerbstätige gelten alle Personen, die während der Berichtswoche vom 19, 4, bis 25, 4, 1970 in einem Arbeitsverhölmis standen oder als Selbständige und mithelfende Familienangehörige arbeiteten. Der zeitliche Umfang der Tätigkeit spielt für die Zuordnung zu den Erwerbstätigen keine Rolle. Auch ist es ohne Belang, ab die Erwerbstätigkeit als Haupt- oder Nebentätigkeit (etwa eines Rentners) ausgeübt wurde. Für die Zuordnung zu den Wirtschaftsbereichen und der Stellung im Beruf wird bei Personen mit mehreren Tätigkeiten hier nur die Haupttätigkeit zugrunde gelegt. Bei den Erwerbstätigen handelt es sich um Personen, die in Schleswig-Holstein wohnen. Ein Teil von ihnen arbeitet außerhalb des Landes (Auspendler). Die Einpendler von außerhalb Schleswig-Holsteins sind folglich nicht erfaßt. Vergleiche mit anderen Statistiken, die von der Arbeitsstätte als Erhebungseinheit ausgehen, sind daher nicht möglich. In den Ergebnissen sind Soldaten nicht enthalten.

- (.) = Werte, die auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe beruhen (hochgerechnet 5 000) und wegen des Stichprobenfehlers nicht verwendbar sind.
- () = Zahlen, die auf mehr als 50, aber weniger als 100 Fällen beruhen und nur eingeschränkt aussagefähig sind.

Dipl.-Volksw. Gustov Thissen

Vergleiche auch: "Erwerbstätigkeit 1957 bis 1969" in Stat. Manatsh, S.-H. 1970, S. 57 (März)

Die Ausländer am 30. September 1970

Die Zahl der Ausländer in Schleswig-Holstein steigt weiterhin an. Am 30. September 1970 erreichte sie mit 46 000 einen neuen Höchststand. Vor zwei Jahren waren es noch 30 100 gewesen, vor einem Jahr bereits 37 200. Ein ähnlich rascher Anstieg ist nur zwischen 1965 und 1966 festgestellt worden, als ein Zuwachs von 5 100 Personen gemessen wurde. Infolge des Konjunktureinbruchs sank die Zahl der Ausländer im Jahre 1967 kurzfristig ab.

Von den 46 000 Einwohnern nichtdeutscher Staatsangehörigkeit stammen die meisten aus Europa, nämlich 40 600 oder 88%. Ein Viertel von ihnen besitzt einen türkischen Paß. Jugoslawen und Spanier folgen mit 4 900 und 4 300 Personen an zweiter und dritter Stelle. In den Anwerbungsländern Türkei, Jugoslawien, Spanien, Griechenland, Italien und Portugal sind allein zwei Drittel aller in Schleswig-Holstein lebenden Ausländer zu Hause, die die Staatsangehörigkeit eines europäischen Landes besitzen.

Nur ein Zehntel aller Ausländer stammen aus Asien oder Übersee. Aus Asien kamen 1 300, rund 3%. Über ein Drittel von ihnen sind Perser, von denen wiederum fast die Hälfte in Kiel gemeldet sind. Den Asiaten zahlenmäßig fast gleich sind die Staatenlosen. Die Staatsangehörigkeit der Vereinigten Staaten

von Amerika besitzen nur gut 1 100 Personen. Den Paß eines sonstigen amerikanischen oder afrikanischen Landes können zusammengenommen rund 1 300 Einwohner vorweisen.

Im Gegensatz zur einheimischen Bevölkerung dominieren unter den hier lebenden Ausländern zahlenmäßig die Männer. Merklich niedriger liegt der Anteil der Kinder unter 16 Jahren. 55% der Ausländer waren Männer, 31% Frauen. Außer den 25 100 Männern und den 14 200 Frauen wurden 6 700 Kinder erfaßt. Meist handelt es sich um Kinder von Gastarbeitern.

Obwohl die Türken in Schleswig-Holstein von allen anderen Nationalitäten bei weitem am stärksten vertreten sind, stellen sie doch nur in 9 der 16 Kreise und kreisfreien Städte die zahlreichste Gruppe. In den 4 nördlichsten Verwaltungsgebieten des Landes nehmen die Dänen die erste Stelle ein. Fast zwei Drittel aller in Schleswig-Holstein lebenden Dänen wohnen hier. In Ostholstein und Segeberg führen die Jugoslawen die Rangfolge an, im Kreis Pinneberg die Spanier.

Zwei Gebiete Schleswig-Holsteins ragen, was die Zahl der dort lebenden Ausländer angeht, aus dem Kreis der 16 großen Verwaltungs-

Die in Schleswig-Holstein lebenden Ausländer nach der Staatsangehörigkeit am 30, 9, 1970

	Auslö	nder		davon	
Staatsangehörigkeit	Anzahl	%	Mönner	Frauen	Kinder unter 16 Jahren
Europa	40 593	88,3	22 246	12 668	5 679
Türkei	10 256	22,3	6 557	2 434	1 265
Jugoslawien	4 937	10,7	3 492	1 179	266
Spanien	4 279	9,3	2 412	1 241	626
Griechenland	3 676	8,0	1 662	1 451	563
Dänemark	2 960	6,4	928	1 556	476
Italien	2 856	6,2	1 757	539	560
Ostblockstaaten 1	2 298		1 226	652	
Österreich	1 775	5,0 3,9	864	563	420 348
Portugal	1 463	3,2	986	329	148
Vereinigtes Königreich	1 112	2,4	435	418	259
Niederlande	1 032		474	362	196
Trouble Trouble	1 032	2,2	474	302	170
Afrika	687	1,5	532	58	97
Tunesien	263	0,6	254	6	3
Vereinigte Arabische Republik	85	0,2	53	5	27
Nigeria	78	0,2	63	9	6
Algerien	65	0,1	41	1	23
JSA	1 120	2,4	438	425	257
Übrige amerikanische Staaten	636	1,4	237	223	176
Kanada	193	0,4	69	72	52
Argentinien	105	0,2	33	33	39
Brasilien	72	0,2	27	28	17
Chile	66	0,1	29	27	10
Asien	1 323	2,9	830	178	315
Iran	492	1,1	329	48	115
Indien	133	0,3	95	16	22
Syrien	99	0,2	63	12	24
Japan	98	0,2	47	31	20
Australien und Ozeanien	176	0,4	67	69	40
Mehrfache Staatsangehörigkeit	27	0,1	9	13	5
taatenlose	1 316	2,9	690	517	109
Ingeklärte Fälle	100	0,2	44	29	27
nsgesamt	45 978	100	25 093	14 180	6 705

¹⁾ Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei und Ungarn

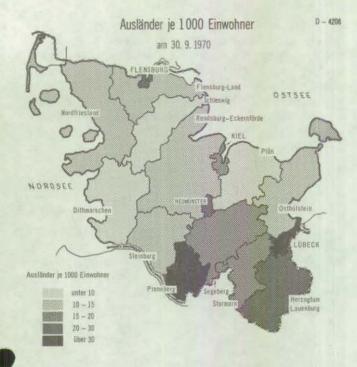
Die Ausländer in den Kreisen am 30, 9, 1970

KREISFREIE STADT	Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	2 178	22,6
KIEL	5 069	18,4
LÜBECK	7 595	31,3
NEUMÜNSTER	1 828	21,6
Dithmarschen	798	5,9
Flensburg-Land	986	13,1
Hzgt. Lauenburg	3 673	25,4
Nordfriesland	1 764	10,7
Ostholstein	2 439	12,9
Pinneberg	7 863	31,7
Plön	733	6,7
Rendsburg-Eckernförde	2 325	10,2
Schleswig	780	7,7
Segeberg	3 181	18,7
Steinburg	1 797	13,2
Stormarn	2 969	18,1
Schleswig-Holstein	45 978	17,9

Die Ausländer in den Bundesländern am 30, 9, 1969

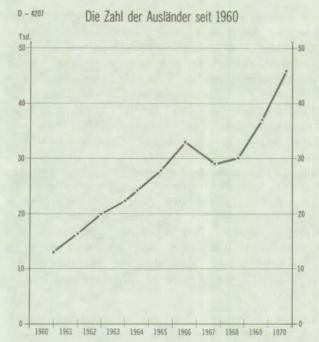
Lond	In 1 000	%	ouf 1 000 Einwohner
Schleswig-Halstein	37,2	1,6	15
Hamburg	73,1	3,1	40
Niedersachsen	140,5	5,9	20
Bremen	17,8	0,7	24
Nordrhein-Westfalen	666,4	28,0	39
Hessen	267,8	11,2	50
Rheinland-Pfalz	82,1	3,4	22
Baden-Württemberg	588,6	24,7	66
Bayern	392,4	16,5	37
Saarland	30,2	1,3	27
Berlin (West)	84,9	3,6	40
Bundesgebiet	2 381,1	100	39

Quelle: "Ausländer im Bundesgebier" in Wirtschaft und Statistik 1970, S. 247 (Mai)



einheiten heraus, nämlich der Kreis Pinneberg und die Hansestadt Lübeck. Pinneberg mit 7 900 und Lübeck mit 7 600 ausländischen Mitbürgern beherbergen zusammen ein Drittel aller ausländischen Einwohner. Gemessen an der Einwohnerzahl zeigt sich, daß die kreisfreien Städte und die Randkreise um Hamburg die höchste Ausländerdichte aufweisen. Lübeck und Pinneberg erreichen auch hier mit 31 und 32 Ausländern je 1 000 Einwohnern die höchsten Werte. Am untersten Ende stehen Dithmarschen und Plön mit 6 und 7 auf 1 000.

Trotz der Zunahme der Ausländer wird sich auch 1970 nichts daran geändert haben,



daß der Anteil der Ausländer in keinem anderen Bundesland so niedrig ist wie in Schleswig-Holstein. Im Jahr zuvor ging Baden-Württemberg mit 66 Ausländern je 1 000 Einwohnern allen anderen Ländern weit voran und unser Land beschloß den Reigen mit 15 aus 1 000. Wie die Tabelle zeigt, lebten in Nordrhein-Westfalen noch mehr Ausländer als in Baden-Württemberg, nämlich 666 000. In Nordrhein-Westfalen wohnten mehr als ein Viertel aller Ausländer, in Schleswig-Holstein nur 1,6%.

Dipl.-Volksw. Gustav Thissen

Vergleiche auch: "Ausländer in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1969, S. 65 (März)

Der Baulandumsatz in Schleswig-Holstein 1962 bis 1969

Von 1962 bis 1969 sind in Schleswig-Holstein jährlich im Schnitt 6 300 unbebaute Grundstücke mit einer durchschnittlichen Gesamtfläche von 13 Millionen qm oder 1 300 ha veräußert worden, Schenkungen, Vererbungen, Tausch ausgenommen. Das entspricht einer Fläche von der Größe des Ratzeburger Sees (14 qkm). Davon entfielen im Durchschnitt dieses Zeitraumes ca. 48% auf baureifes Land, 42% auf Rohbauland und knapp 4% auf Industrieland; etwas mehr als 4% waren für Verkehrszwecke und reichlich 1% für Freiflächen bestimmt, das heißt für Grün-, Park- und Erholungsanlagen, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze sowie Friedhöfe. In allen acht Jahren zusammen belief sich der Umsatz auf rund 103 Millionen qm oder 103 qkm (Insel Sylt 94 qkm).

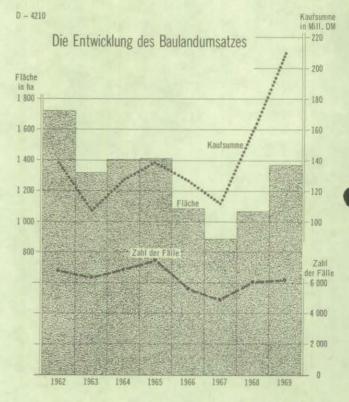
Für die vorangegangenen Jahre sind Preise und Umsatzzahlen auf dem Markt der unbebauten Grundstücke von der amtlichen Statistik nicht ermittelt worden. Erst als durch das Bundesbaugesetz von 1960 der sogenannte Preisstop für unbebaute Grundstücke aufgehoben wurde, der 1936 durch die Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen eingeführt worden war, gerieten die Preise in Bewegung. Damit wurde es erwünscht, sinnvoll und möglich, die Vorgänge dieses Spezialmarktes, die weit in andere wirtschaftliche und soziale Bereiche hineinwirken, statistisch zu erfassen. Da durch das Gesetz über die Preisstatistik vom 9. 8. 1958 hierfür bereits die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen waren, konnte die Statistik der Baulandpreise im Juli 1961 aufgenommen werden.

Die Statistik erstreckt sich auf alle Veräußerungen von Grund und Boden im Baugebiet von Gemeinden, also nicht auf land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen. Auch bebaute Grundstücke erscheinen nicht in der Statistik. Ebensowenig wird sogenanntes Bauerwartungsland, das heißt Land, dessen bei geordneter städtebaulicher Bebauung Entwicklung in absehbarer Zeit zu erwarten steht, das aber noch nicht in den Bebauungsplänen als Bauland vorgesehen ist, von der Statistik erfaßt. Bauland, das zwar vorhanden ist und vielleicht zum Verkauf ansteht, aber noch keinen Käufer gefunden hat, also noch nicht veräußert wurde, läßt sich statistisch nur schwer erfassen und bleibt gleichfalls unberücksichtigt, obwohl es natürlich die Preisgestaltung auf dem Baulandmarkt beeinflußt.

Da die Preise für Bauland bekanntlich je nach Art, Lage und Verwendungszweck des Grundstücks stark differieren - zum Beispiel belief sich 1969 der Quadratmeter-Durchschnittspreis für baureifes Land auf 21 DM, der Preis von Land für Verkehrszwecke aber nur auf 7 DM - sind diese und andere sachliche Unterscheidungsmerkmale in die Erhebung einbezogen, um die Statistik aussagekräftiger zu machen. Obwohl die Statistik in erster Linie der detaillierten Preisermittlung dient, fallen beiläufig Angaben über Umfang und Art des flächenmäßigen Umsatzes von Bauland an. Hiervon soll im folgenden die Rede sein.

Der Baulandumsatz von 1962 war mit einer Gesamtfläche von 17,2 Millionen om der größte innerhalb der vorliegenden 8jährigen Zahlenreihe. Seine ungewöhnliche Höhe erklärte sich vermutlich aus der Befriedigung eines starken Nachholbedarfs aus der Zeit des Preisstops, als wenig Bereitschaft vorhanden war, Bauland zu verkaufen. 1963 - in der Spätphase eines seit 1961 abklingenden Konjunkturzyklus - wurden rund 4 Millionen gm Bauland weniger umgesetzt, was einem Rückgang von 23% entsprach. Die günstige Entwicklung der Wirtschaft in den Jahren 1964 und 1965 ließ aber sofort wieder die Umsätze auf dem Baulandmarkt in diesen beiden Jahren auf je 14,1 Millionen qm, das heißt um 6 und 0,5% gegenüber dem Vorjahr steigen. Der nun folgenden Talfahrt der bundesdeutschen Wirtschaft in den Jahren 1966 und 1967 schloß sich auch die Umsatzentwicklung auf dem Markt der unbebauten Grundstücke an. Im 3. Quartal 1966 sank der flächenmäßige Umsatz verkauften Baulandes gegenüber dem 2. Quartal um 41%. Das ganze Jahr 1966 brachte gegenüber 1965 einen Rückgang von 23% und das Jahr 1967 gegenüber 1966 einen weiteren Rückgang von 18%; es wurden in diesen beiden Jahren nur noch 10,9 und

8,9 Millionen qm verkauft. Im Zuge des daran anschließenden schnellen und nachhaltigen Wirtschaftsaufschwungs wurden 1968 wieder 1,8 Millionen qm oder 20% mehr Bauland umgesetzt und 1969 nochmals 3,1 Millionen qm oder 29% mehr, so daß mit 13,7 Millionen qm verkauften Baulandes beinahe wieder die Umsätze der Jahre 1964 und 1965 erreicht wurden.



Diese Entwicklung zeigt, daß in Schleswig-Holstein die Umsätze auf dem Baulandmarkt der letzten acht Jahre weder eine kontinuierlich steigende, noch eine ununterbrochen fallende Tendenz gehabt haben. Auf- und Abwärtsbewegungen dieses Teilmarktes entsprachen vielmehr den konjunkturellen Schwankungen der bundesdeutschen Gesamtwirtschaft ohne zeitliche Verzögerung.

Anders als bei der veräußerten Fläche, von der 48% auf baureifes Land, 42% auf Rohbauland und 4% auf Industrieland entfielen, verteilten sich die rund 50 000 Verkaufsfälle, die in den Jahren 1962 bis 1969 erfaßt wurden, zu 76% auf baureifes Land, zu 19% auf Rohbauland und zu 1% auf Industrieland. 5% der Kaufabschlüsse betrafen Land für Verkehrszwecke und Freiflächen. Es wurden demnach viermal soviel Kaufabschlüsse über baureifes Land getätigt wie Kaufabschlüsse, die Rohbauland zum Gegenstand hatten, jedoch waren die Grundstücke beim Rohbauland im Schnitt fast dreieinhalbmal so groß wie beim baureifen Land. Die 9% der verkauften Gesamtfläche, die durchschnittlich pro Jahr als Industrie-, Verkehrs- und Freiflächen

verkauft wurden, benötigten infolge ihrer ebenfalls über dem Durchschnitt liegenden Flächen je Kauf zusammen nur 6% aller Vertragsabschlüsse.

Die Zahlen der jährlichen Verkaufsfälle für Bauland insgesamt, insbesondere aber die Zahlen für baureifes Land, spiegeln den Konjunkturverlauf der Jahre 1962 bis 1969 in ähnlicher Weise wider wie die Entwicklungsreihen, die sich auf die umgesetzten Flächen beziehen. Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr beim Bauland insgesamt betrugen ab 1963 - 6,7; +8,2; +9,1; -24,7; -12,5; +22,6 und +2,7%. Die Konjunkturspitzen der Jahre 1964/65 und 1968/69 hoben sich damit deutlich von den Jahren der Rezession 1963, 1966 und 1967 ab.

Weder die Größe der umgesetzten Fläche, noch die Zahl der Baulandveräußerungen scheinen von einem jahreszeitlichen Rhythmus beherrscht zu sein. Vergleicht man die vierteljährlichen Ergebnisse der Statistik von 1965 bis 1969 in dieser Hinsicht miteinander, zeigen sich keine saisonbedingten Höhepunkte oder Tiefen, die auf einen Einfluß etwa von Sommer und Winter auf den Baulandumsatz schließen ließen.

Der Baulandumsatz in den Kreisen und Planungsräumen Der folgende Teil der Abhandlung soll nun noch einmal die Entwicklung des Baulandmarktes auf Kreisebene und in den sechs Planungs-

räumen Schleswig-Holsteins seit Bestehen der derzeitigen Zahlenreihen (1962 bis 1969) darstellen und einen abschließenden Überblick über die regionalen Schwerpunkte des Grundstückverkaufs vor der Neugliederung der Verwaltungsbezirke durch die territoriale Verwaltungsreform in Schleswig-Holstein geben. Ab 1970 übernimmt die Statistik der Baulandpreise die neue Gebietseinteilung, die das Erste und Zweite Neuordnungsgesetz herbeigeführt hat. Durch das Erste Gesetz zu einer Neuordnung von Gemeinde- und Kreisgrenzen vom 22, 4, 1969 wurden die Gemeinden Friedrichsgabe, Garstedt, die bisher zum Kreis Pinneberg gehörten, sowie die Gemeinden Glashütte und Harksheide aus dem Kreis Stormarn am 1, 1, 1970 zur neuen Gemeinde Norderstedt zusammengeschlossen und als kreisangehörige Stadt dem Kreis Segeberg zugeschlagen, der damit einen unmittelbaren Zugang und eine gemeinsame Grenze mit der Freien und Hansestadt Hamburg erhalten hat. Die Veränderungen, die das Zweite Gesetz zur Neuordnung von Gemeinde- und Kreisgrenzen sowie Gerichtsbezirken vom 23.12.1969 mit Wirkung vom 26.4.1970 anordnet, gehen sehr viel weiter. Ungeachtet der Zu- und Abgänge von Gemeinden und Flurstücken in einzelnen Kreisen sind von den alten 17 Kreisen nur noch 8 erhalten geblieben. Die 9 anderen Kreise wurden aufgelöst und zu 4 größeren Kreisen zusammengeschlossen. Aus den Kreisen Norder- und Süder-

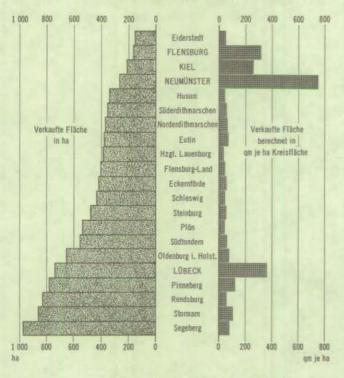
Die Baulandveräußerungen nach Grundstücksarten 1962 – 1969

	Grundst	ücksarten			davon		
Johr	insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr in %	Boure)fes Land	Rohbou- land	Industrie- land	Land für Verkehrszwecke	Freifläche
			Verõu	Berte Fläche in 1	000 qm		
1962 1963 1964 1965	17 248 13 214 14 065 14 136	- 23,4 + 6,4 + 0,5	8 646 6 931 6 723 6 910	7 111 5 572 6 297 5 838	867 233 368 246	508 258 513 865	115 221 163 277
1966 1967 1968 1969	10 860 8 862 10 672 13 734	- 23,2 - 18,4 + 20,4 + 28,7	4 781 4 011 5 504 6 275	4 554 3 703 4 127 6 195	475 601 396 667	810 496 393 450	241 50 251 146
1962 - 1969	102 790		49 782	43 397	3 853	4 294	1 465
				Zahl der Kauffäll	e		
1962 1963 1964 1965	6 815 6 361 6 883 7 508	- 6,7 + 8,2 + 9,1	5 508 5 165 5 312 5 484	1.053 924 1.215 1.542	50 19 40 63	188 232 304 399	16 21 12 20
1966 1967 1968 1969	5 652 4 947 6 067 6 232	- 24,7 - 12,5 + 22,6 + 2,7	3 807 3 568 4 580 4 718	1 287 993 1 201 1 230	73 78 59 62	461 291 214 203	24 17 13 19
1962 - 1969	50 465		38 142	9 445	444	2 292	142

dithmarschen wurde der Kreis Dithmarschen gebildet, aus den bisherigen Kreisen Eiderstedt, Husum und Südtondern der Kreis Nordfriesland. Die bisherigen Kreise Eutin und Oldenburg in Holstein ergaben den neuen Kreis Ostholstein und die Kreise Eckernförde und Rendsburg den neuen Kreis Rendsburg-Eckernförde. Die 4 kreisfreien Städte Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster sind bestehen geblieben, aber durch Eingemeindungen erweitert worden. Diese tiefgreifende Neuordnung istam 26.4.1970 in Kraft getreten.

Von der schleswig-holsteinischen Fläche von 15 675 qkm entfielen vor der Gebietsreform 370 qkm auf die 4 kreisfreien Städte und 15 306 qkm auf die 17 Kreise. Nach der Neugliederung ist das Areal der 4 großen Städte um 71 qkm auf 441 qkm, das heißt um ein Fünftel gestiegen. Allein Neumünster konnte seine Fläche um mehr als das Doppelte auf 76,7 qkm vergrößern. Flensburg mit nunmehr 52,6 qkm ist an die vierte Stelle nach Lübeck mit 202,4 qkm, Kiel mit 109,2 qkm und Neumünster gerückt. Das Gebiet der 17 alten Kreise hatte eine Schwankungsbreite von 340 bis 1506 qkm, das Gebiet der neuen Kreise einen Schwankungsbereich von 662 bis 2 186 qkm.

Die Baulandverkäufe
in den kreisfreien Städten und Kreisen 1962–1969



Nach der Größe des gesamten Verkaufsvolumens der Jahre 1962 bis 1969 geordnet erhalten Kreise und kreisfreie Städte die im Schaubild 2 aufgezeichnete Rangordnung. Unter den Kreisen lag Segeberg mit einem Flächenumsatz von 975 ha (= 9,75 qkm) an der Spitze.

Erst in größerem Abstand folgten Stormarn (860 ha) sowie die Kreise Rendsburg (829 ha) und Pinneberg (777 ha). An fünfter Stelle im Baulandumsatz steht dann die kreisfreie Stadt Lübeck mit 736 ha. Im Kreis Oldenburg in Holstein wechselten 653 ha Bauland im Berichtszeitraum den Eigentümer, in Südtondern 554 ha. Auch im Kreis Plön wurden 538 ha veräußert und im Kreis Steinburg 447 ha. Immer noch über 400 ha Baulandumsatz hatten die Kreise Schleswig (430), Eckernförde (415) und Flensburg-Land (410). Zwischen 400 und 300 ha wurden jeweils in den Kreisen Herzogtum Lauenburg, Eutin, Norderdithmarschen, Süderdithmarschen und Husum veräußert. An 18. bis 20. Stelle folgten dann die kreisfreien Städte Neumünster mit 266 ha, Kiel mit 211 ha und Flensburg mit 164 ha. Am Ende stand der Kreis Eiderstedt mit 156 ha Baulandumsatz Berichtszeitraum. Der Baulandverkehr ist also in Gebieten mit ausgeprägter Agrarstruktur bedeutend schwächer als in den industriell und gewerblich stärker durchsetzten Gebieten gewesen.

Wenn man die absoluten Flächen verkauften Baulandes in Beziehung zur Größe der Kreisfläche setzt, ergibt der Quotient dieser beiden Größen die Dichte des Baulandverkehrs. Die Zahl der veräußerten Quadratmeter je Hektar Kreisfläche führt zu einer anderen Reihenfolge unter den 21 Verwaltungsbezirken: Die gebietsmäßig kleinen kreisfreien Städte - Neumünster hatte am 31, 12, 1969 eine Fläche von 3 540 ha, Flensburg 4 970, Kiel 8 210 und Lübeck 20 240 ha - rangieren mit Abstand vor den Kreisen, wobei die Stadt Neumünster als besonderer Schwerpunkt des Baulandverkehrs hervorragt. Hier wechselten in der Zeit von 1962 bis 1969 7,5% der gesamten Stadtfläche den Eigentümer, Je Hektar des Stadtgebietes waren das 753 qm. In Lübeck waren es nur noch 3,6%, in Flensburg 3,3% und in Kiel 2,6% der Stadtfläche oder 364, 331 und 257 qm je ha.

Dann erst folgen die Kreise. Ihr Gebietsstand lag am 31. 12. 1969 zwischen 34 000 ha (Eiderstedt) und 151 000 ha (Rendsburg). Sie haben je Hektar Kreisfläche nur Baulandumsätze von 112 qm oder 1,1% (Pinneberg) und 109 qm (Stormarn) auf der einen Seite und 30 qm oder 0,3% (Hzgt. Lauenburg) und 39 qm (Husum) auf der anderen. Die Intensitätsziffer des Baulandverkehrs lag in den Berichtsiahren im Schnitt der kreisfreien Städte bei 373 qm, im Schnitt der Kreise dagegen nur bei 58 qm; in ganz Schleswig-Holstein belief sie sich auf 66 qm.

In den kreisfreien Städten des Landes, Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster, deren Fläche 2,4% der gesamten Landesfläche ausmachte, wurden in den acht Jahren von 1962 bis 1969 13,4% der gesamten in Schleswig-Holstein veräußerten Baulandfläche umgesetzt, und die Dichte ihres Baulandverkehrs war fast sechsmal so groß wie in den Kreisen.

Unter den 6 Planungsräumen Schleswig-Holsteins steht der Planungsraum I, der die Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Hzgt. Lauenburg umfaßt, also das Hamburger Umland darstellt, mit 2 997 ha im Berichtszeitraum veräußerten Baulandes an erster Stelle, Ihm folgt der Planungsraum III mit den Städten Kiel, Neumünster und Rendsburg einschließlich der angrenzenden Kreise Eckernförde, Rendsburg und Plön mit 2 258 ha Baulandumsatz. Im Planungsraum II (Lübeck, Eutin und Oldenburg in Holstein) wurden 1 768 ha umgesetzt. Die Planungsräume IV (Steinburg, Norderdithmarschen und Süderdithmarschen) und V (Eiderstedt, Husum, Südtondern) und VI (Flensburg-Stadt, Flensburg-Land, Schleswig) hatten von 1962 bis 1969 einen Baulandumsatz von 1 203, 1 048 und 1 005 ha.

Legt man der Betrachtung wiederum das Verhältnis der veräußerten Baulandfläche zur gesamten Fläche des Planungsraumes zugrunde, ergibt sich folgende Rangfolge: Im Planungsraum II war die Umsatzdichte bei weitem stärker (110 qm je ha Planungsraum) als in den Planungsräumen I (74 qm/ha) und III (63 qm/ha). Diese 3 Planungsräume lagen sämtlich über oder dicht an der Grenze der als Landesdurchschnitt errechneten Umsatzdichte von 66 qm je ha, die Planungsräume IV, V und VI mit einer Umsatzdichte von etwa 50 qm/ha darunter.

Die unterschiedliche Höhe des absoluten Baulandumsatzes und der Verkaufsintensität werden durch viele Faktoren hervorgerufen, die aus der Statistik selbst nicht ersichtlich sind. Eine Rolle spielen die Bevölkerungsdichte, die Verkehrslage, das Vorhandensein von Industriebetrieben mit den entsprechend zahlreichen Arbeitsgelegenheiten und öffentlicher Einrichtungen Behörden, Schulen, Krankenhäuser, Theater, Museen, Kindergärten u. ä. Diese Komponenten dürften maßgeblich im Planungsraum III gewirkt haben, der sich anschickt, mit seinen Städten Kiel, Neumünster und Rendsburg ein wirtschaftliches und verwaltungsmäßiges Kernzentrum zu werden. Dagegen weist der Planungsraum I mit den Hamburger Einzugsgebieten, die vornehmlich in den Kreisen Pinneberg, Stormarn und Segeberg liegen, die genannten Antriebskräfte nicht so sehr bei sich selbst auf, als daß er sie vielmehr von außen her erhält. Diesem Raum bietet die benachbarte Großstadt Hamburg die attraktiven Arbeitsmöglichkeiten und die kulturellen und wirtschaftlichen Vorteile. Die Intensitätskennziffer dieses Planungsraumes wäre sicher wesentlich höher, wenn nicht zu ihm das Zonenrandgebiet Hzgt. Lauenburg gehören würde, dessen verkaufte Fläche im Berichtszeitraum nur 30 qm je ha Kreisfläche ausmachte, während von jedem Hektar Kreisfläche im Kreis Pinneberg 112 qm, im Kreis Stormarn an 109 qm und im Kreis Segeberg 75 qm in der Zeit von 1962 bis 1969 verkauft wurden.

Ein weiterer Einfluß besonderer Art ergibt sich aus der zunehmenden Bedeutung des Fremdenverkehrs in Schleswig-Holstein, der in landschaftlich reizvollen Gebieten zur Entwicklung von Erholungszentren mit den dazugehörenden Folgeeinrichtungen geführt hat. Auch die Feriengäste selbst sind immer zahlreicher dazu übergegangen, sich durch den Erwerb eigener Grundstücke mit und ohne Ferienhaus in diesen Gegenden anzusiedeln. Dadurch dürfte sich die Höhe der Umsatzdichte im Planungsraum II, der den Küstenstreifen von Lübeck über die Insel Fehmarn bis zur Mitte der Howachter Bucht einschließt, erklären. Dasselbe gilt für die verhältnismäßig hohe Intensitätszahl des Baulandgeschäftes im Kreis Südtondern (64 qm je ha Kreisfläche), die durch den starken Baulanderwerb vornehmlich auf den Inseln Sylt und Föhr bewirkt wurde.

Ob die bisher genannten Relationen, die sich als Durchschnitt der Jahre 1962 bis 1969 ergeben haben, auch künftig bestehen bleiben oder sich verändern werden, wird vornehmlich von der Verbesserung der Infrastruktur Schleswig-Holsteins, insbesondere aber von der Ausweitung des Industriepotentials und des Fremdenverkehrs, abhängen. Bestimmte Entwicklungstendenzen wurden dabei sicherlich durch das vom Minister für Wirtschaft und Verkehr erstmalig für 1969 erarbeitete und nunmehr für die Jahre 1970 bis 1974 fortgeschriebene mittelfristige Aktionsprogramm eingeleitet. Bis 1974 sollen in Schleswig-Holstein 36 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, davon 24 000 im sogenannten Aktionsraum Holstein und 12 000 im Aktionsraum Schleswig/Unterelbe, der die nördlich der Schlei und die weiter südlich an der Westküste gelegenen Landesteile umfaßt.

Die Landesregierung will ihre industriellgewerbliche Förderung auf insgesamt 16 Schwerpunktstandorte konzentrieren, von denen nachhaltige und beschleunigte Wachstumsimpulse ausstrahlen sollen. Förderungsschwerpunkte sollen im Aktionsraum Holstein

Städte Kiel, Lübeck, Neumünster. Rendsburg, Eckernförde, Bad Segeberg mit Wahlstedt, Bad Oldesloe, Geesthacht und Lauenburg sein, im zweiten Aktionsraum die Städte Flensburg, Brunsbüttel, Schleswig, Heide und Husum sowie Itzehoe und Glückstadt. Außerdem behalten auf lange Sicht die von der Landesplanung vorgezeichneten Richtlinien ihre Geltung, nach denen insbesondere das Städtedreieck Kiel-Neumünster-Rendsburg zum schleswig-holsteinischen Kerngebiet entwickelt und das Hamburg-Umland an den Endpunkten seiner sternförmig von Hamburg ausgehenden Achsen, das heißt in Elmshorn, Kaltenkirchen, Bad Oldesloe, Schwarzenbek und Geesthacht, mit eigenständigen Wirtschaftszentren ausgestattet werden sollen.

Der Baulandumsatz in sachlicher Gliederung

Die Anteile der Grundstücksarten an der verkauften Gesamtfläche und damit insbesondere die Relationen zwischen verkauftem baureifen Land und Rohbauland haben sich in der Berichtszeit von Jahr zu Jahr verändert, ohne daß von einer einheitlichen Tendenz in der einen oder anderen Richtung gesprochen werden könnte.

	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Baureifes Land	50	52	48	49	44	45	52	46
Rohbauland	41	42	45	41	42	42	39	45

Die Anteile von baureifem Land lagen von 1962 bis 1969 zwischen 44 und 52%, die von Rohbauland zwischen 39 und 45%. Aus der Tatsache, daß stets mehr baureifes Land als Rohbauland verkauft wurde, kann man nicht schließen, daß die Käufer baureifes Land bevorzugt hätten, denn an jedem der beiden Teilmärkte tritt ein anderer Käuferkreis auf. Die 38 000 Käufer, die von 1962 bis 1969 baureifes Land erworben haben, dürften in der Regel den Grund und Boden für den eigenen Gebrauch gekauft haben, als Kapitalanlage oder um darauf zu bauen und zu wohnen. Das ergibt sich schon aus der Größe der baureifen Grundstücke, die sich während des Berichtszeitraumes im Schnitt auf 1 300 qm belief. Die 9 500 Käufer von Rohbauland haben dagegen während desselben Zeitraumes Grundstücke von einer durchschnittlichen Größe von 4 600 gm erworben, um sie - jedenfalls in der Regel zu erschließen und entweder mit Mietwohnungen zu bebauen oder als baureifes Land parzelliert weiterzuveräußern.

Von 1962 bis 1967 kauften die Erwerber baureifen Landes im Schnitt von Jahr zu Jahr kleinere Grundstücke, 1962 belief sich die durchschnittliche Größe je Kaufabschluß in dieser Grundstücksart auf 1 570 qm; 1963 waren es nur noch 1 340 qm, und bis 1967 sank die Durchschnittsgröße ständig auf 1 120 qm. Damit war aber der tiefste Stand erreicht, denn die beiden folgenden Jahre brachten wieder einen Anstieg auf 1 200 und 1 330 qm. Das schließt die bis 1967 berechtigte Annahme aus, daß die Entwicklung grundsätzlich zum kleineren Grundstück hin verläuft, zumal der besonders hohe Stand des Jahres 1962 nicht zum Maßstab für lie folgenden Jahre gemacht werden sollte. Ene ganz ähnliche Entwicklung war beim Rotbauland und Industrieland zu beobachten: auch hier waren die verkauften Grundstücke im Schnitt am Anfang des Berichtszeitraumes am größten, wurden dann über mehrere Jahre hinweg kleiner und nahmen früher oder später wieder an Größe zu. Rohbauland wurde 1962 und 1963 in einer durchschnittlichen Größenordnung von 6 400 qm verkauft; danach ging die Grundstücksgröße bis auf 3 400 qm im Jahre 1968 zurück, um jedoch 1969 wieder auf 5 000 qm zu steigen. Die durchschnittliche Industrielandgröße, die 1962 17 300 qm und 1963 noch 12 200 qm betragen hatte, fiel 1965 bis auf 3 900 qm. 1966 aber machte sie wieder 6 500 qm und 1967 7 700 qm aus und stieg nach einem neuerlichen Rückgang im Jahre 1968 (6 700 qm) 1969 auf 10 800 qm. Im Schnitt des ganzen Berichtszeitraumes wechselte Industrieland in einer Durchschnittsgröße von 8 700 qm den Eigentümer.

Die meisten Kaufabschlüsse über baureifes Land betrafen seit 1965 Grundstücke mit einer Größe von 500 bis 1000 qm; das gleiche traf für Kaufabschlüsse über Rohbauland zu. Bei baureifem Land waren es in jedem Jahr mehr als die Hälfte aller Kaufabschlüsse, bei Rohbauland lag ihre Zahl unter der 50%-Grenze. Kleinere Grundstücke wurden seltener gefragt, Grundstücke mit mehr als 1 000 qm dagegen verhältnismäßig oft, wobei der Schwerpunkt bei der Größenklasse von 1 000 bis 3 000 qm lag. Flächenmäßig gesehen übertrafen allerdings die Käufe von Rohbauland in einer Größe von 3 000 und mehr qm in jedem Berichtsjahr die Umsätze aller anderen Größenklassen.

In den einzelnen Berichtsjahren wurden 93 bis 98% des baureifen Landes im Wohngebiet mit offener Bauweise und im Dorfgebiet verkauft; 93 bis 99% des gehandelten Rohbaulandes lagen ebenfalls in diesen beiden Baugebieten. Der Rest entfiel auf Wohngebiete mit geschlossener Bauweise und auf gemischte Geschäfts- und Wohngebiete. In reinen Geschäfts- und Industriegebieten gab es keinen nennenswerten Umsatz von baureifem und

Die Baulandveräußerungen nach Baugebieten 1962 - 1969

	Talle It.			darur	nter		
John	Baugebiete Insgesamt	Wohngel geschlossene		Wohngeb offener B		Dorfg	ebiet
	in 1 000 gm	in 1 000 qm	Anteil in %	In 1 000 qm	Anteil in %	In 1 000 qm	Anteil in %
14.1173			Bau	reifes Land	A. C. P. S.		
1962 1963 1964 1965	8 646 6 931 6 723 6 910	432 229 95 61	5 3 1	4 805 4 142 4 025 4 262	56 60 60 62	3 235 2 349 2 437 2 515	37 34 36 36
1966 1967 1968 1969	4 781 4 011 5 504 6 275	121 71 75 334	3 2 1 5	2 672 2 286 3 132 3 224	56 57 57 51	1 938 1 591 2 197 2 645	41 40 40 42
1962 - 1969	49 782	1 418	3	28 547	57	18 906	38
			Ro	hbouland			
1962 1963 1964 1965	7 111 5 572 6 297 5 838	138 89 5 59	2 2 0 1	5 065 3 926 4 196 3 467	71 70 67 59	1 849 1 262 2 043 2 241	26 23 32 38
1966 1967 1968 1969	4 554 3 703 4 127 6 195	39 8	0	2 799 1 912 2 655 3 296	61 52 64 53	1 707 1 748 1 445 2 824	37 47 35 46
1962 - 1969	43 397	339	1	27 316	63	15 119	35

Rohbauland. Der Anteil verkauften baureifen Landes im Wohngebiet mit offener Bauweise ist von 56% im Jahre 1962 zunächst auf 62% im Jahre 1965 gestiegen, dann aber bis auf 51% im Jahre 1969 zurückgegangen, im Dorfgebiet ist er dagegen von 1963 (34%) bis 1969 (42%) stetig größer geworden. Das gleiche gilt in noch stärkerem Maße für Rohbauland: im Wohngebiet mit offener Bauweise ist der flächenmäßige Umsatz von 71% (1962) auf 53% (1969) gesunken, im Dorfgebiet ist er in der gleichen Zeit von 26% auf 46% gewachsen.

Ergebnissenach Gemeindegrößenklassen können erst ab 1965 gebracht werden, weil vorher

eine andere, nicht vergleichbare Größenklasseneinteilung verwendet wurde. In den Jahren 1965 bis 1969 ist nahezu die Hälfte aller Grundstückskäufe in Gemeinden unter 2 000 Einwohner getätigt worden. Genau waren es 45% der Fälle mit 40% der verkauften Fläche. Weitere 16% der Kaufabschlüsse mit 16% der gesamten verkauften Grundstücksflächen entfiel auf Gemeinden mit 2 000 bis unter 5 000 Einwohner. Auf Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohner kamen 13% der Fälle und der Fläche. Nur etwa ein Viertel der Baulandveräußerungen mit 31% der verkauften Flächen fand in Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern statt, darunter in der Gemeindegrößenklasse mit

Die Baulandveräußerungen nach Gemeindegrößenklassen 1965 – 1969

	Grunds	tücksarten		daru	nter	
Größenklasse	inse	jesamt	Baurelfe	es Land	Rohl	auland
	Zohl der Fölle	Fläche in 1 000 qm	Zahl der Fölle	Fläche in 1 000 gm	Zahl der Fälle	Fläche in 1 000 qm
Gemeinden mitbis unter Einwohnern						
2 000 bis " 5 000 5 000 " " 10 000 10 000 " " 20 000	13 774 4 892 4 018 2 412	23 502 9 170 7 445 6 090	9 605 3 545 3 101 2 014	11 009 4 378 3 775 2 721	3 446 1 128 774 355	9 681 4 293 3 157 3 036
20 000 " " 50 000 50 000 " " 100 000 200 000 " " 500 000	2 277 1 056 1 977	4 405 2 141 5 512	1 853 807 1 232	2 446 952 2 201	292 73 185	1 693 665 1 891
ichleswig-Holstein insgesamt	30 406	58 264	22 157	27 482	6 253	24 417

Die Baulandveräußerungen nach Veräußerern und Erwerbern 1965 – 1969

	1					Erwe	erber					
			Bourei	fes Land					Roh	bouland		
Veräußerer Jahr	11.000000000000000000000000000000000000	rliche		, Land, einde	unterni	nnungs- ehmen und juristische ersonen	0.41753	Orliche erson		, Land, einde	unterne sonst.	nungs+ ehmen und uristische rsonen
	Zahl der Fälle	Fläche in 1 000 gm	Zahl der Fälle	Fläche In 1 000 gm	Zahl der Fälle	Fläche in 1 000 qm	Zohl der Fälle	Fläche In 1 000 qm	Zahl der Fälle	Fläche in 1 000 qm	Zahl der Fälle	Fläche in 1 000 qm
Natürliche Person												
1965 1966 1967 1968 1969	3 325 2 492 2 324 3 105 3 416	3 447 2 717 2 407 3 273 3 760	45 39 22 29 29	165 137 93 132 259	127 77 81 122 142	809 383 238 340 805	756 650 512 673 711	1 669 1 043 935 1 635 1 458	54 42 33 32 35	941 584 454 368 1 185	71 - 63 - 41 - 48 - 106	1 709 1 255 1 334 849 2 423
1965 – 1969	14 662	15 605	164	786	549	2 576	3 302	6 740	196	3 531	329	7 570
Bund, Land, Gemeinde 1965 1966	1 413 761	1 222 658	8	26	100	435 140	480 325	491 329	4	37	29 32	313 335
1967 1968 1969	694 835 664	598 784 635	3 4 3	6 4 40	55 52 43	202 236 205	294 258 256	345 274 271	3 3	8 2 37	19 15 22	297 113 127
1965 - 1969	4 367	3 897	20	80	290	1 217	1 613	1 711	14	86	117	1 184
Wohnungsunternehmen und sonstige juristische Personen												
1965 1966 1967	427 345 362	503 338 351	13 6 6	128 10	26 45 21	176 393 107	121 148 77	266 327 115	3 13	70 332	27 10 12	377 313 207
1968 1969	402 389	496 357			30	235 206	151 66	322 92	7 8	213 172	14 23	349 431
1965 - 1969	1 925	2 045	28	160	152	1 116	563	1 123	33	795	86	1 676

mehr als 200 000 Einwohnern, das heißt in Kiel und Lübeck, die nach dem Stand vom 31. 12. 1969 269 000 und 242 000 Einwohner hatten, 6,5% der Fälle und 9,5% der verkauften Flächen. In Flensburg und Neumünster, die zum gleichen Zeitpunkt 95 000 und 73 000 Einwohner zählten und damit die Größenklasse von 50 000 bis unter 100 000 Einwohner bildeten, wurden bei 3,5% aller Verkaufsfälle sogar nur 3,7% aller verkauften Grundflächen umgesetzt. Besonders auffällige Abweichungen bei einzelnen Grundstücksarten haben sich nicht ergeben.

Bei Städten mit über 50 000 Einwohnern unterscheidet die Statistik der Baulandpreise die Grundstücke nach ihrer Lage im engeren Stadtgebiet und in den Randbezirken. Danach ergibt sich, daß im engeren Stadtgebiet aller vier kreisfreien Städte baureifes Land bis 1969 noch gehandelt wurde, Rohbauland dagegen 1969 nicht mehr. Die Umsätze von baureifem Land im engeren Stadtgebiet von Kiel und Neumünster waren minimal gegenüber den gleichartigen Umsätzen in Lübeck und Flensburg. In den Randgebieten von Kiel und Neumünster wurden größere Mengen baureifen Landes verkauft als in Flensburg, aber bei weitem nicht so viel wie in Lübeck.

Der Umsatz von Rohbauland in den Randbezirken war in Lübeck mit Ausnahme von 1966 stets am größten; einen besonders großen Umsatz hatte es im Jahre 1969 mit 668 000 qm. 1966 wurde der Lübecker Umsatz von Kiel mit 313 000 qm übertroffen. Durch die Neuordnung der Kreisgrenzen im April 1970 ist in den Randbezirken der kreisfreien Städte mit Ausnahme von Lübeck durch den Zugang neuer Gemeinden und Flurstücke wieder neues Bauland hinzugekommen, wodurch sich der Baulandverkehr dort wieder beleben dürfte.

In den Jahren 1965 bis 1969 waren natürliche Personen am häufigsten als Vertragspartner an Grundstückskäufen beteiligt. Darauf folgten mit Abstand Baulandverkäufe von Gemeinden an natürliche Personen. Auch flächenmäßig gesehen wurde der größte Anteil des Baulandes zwischen natürlichen Personen umgesetzt. An zweiter Stelle standen hier die Veräußerungen von natürlichen Personen an Wohnungsunternehmen und sonstige juristische Personen. Die Veräußerungen von Gemeinden an natürliche Personen liegen der Fläche nach an dritter Stelle.

Dr. Georg Goldmann

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

23, Jahrgang . Heft 1 . Januar 1971

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

noch	: Monat			Jani CSZ			C+ 2 1	mlk 10	no.	
		1965 Mon	1969 ats-		1969		25731			
			schnitt	Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt,	Nov.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit								1		400
Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 423	2 544	2 554	2 555	2 557		***	***	(A)
Natürliche Bevölkerungsbewegung			100		196		1			
*Eheschließungen * je 1 000 Einw. u	Anzahl	1 785 8,8	1 588 7,5	1 350	1 593 7,3	1 212 5,8	2 174	***	***	***
*Lebendgeborene	Anzahl	3 726	3 365	3 368	2 924	2 777	9,9	***	***	***
* je 1 000 Einw. u		18,5	15,9	16,1	13,5	13,2	13,1	111	***	
*Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 495	2 706	2 525	2 552	2 511	2 515	***	***	**
* je 1 000 Einw. w * darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	12,4	12,8	12,0	11,8	12,0	11,5 62	***	***	
* je 1 000 Lebend	geborene	20,2	22,2	19,6	29,1	25,2	21,6		***	900
*Überschuß der Geborenen * je 1 000 Einw. w	Anzahl	1 231	659	843 4,0	372	266 1,3	358 1,6	***		8.91
	IU 1 Janii	0,1	0,1	74,0	451	1,0	1,0	***	***	***
Wanderungen *Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	7 694	8 106	8 572	10 448	7 260	8244	-		
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 151	6 390	8 076	9 684	5 942	56.59	***	***	24.0
*Wanderungsgewinn 1)	Anzahl	1 543	1 716	496	764	1 318	2552	81818	***	1.00
*Innerhalb des Landes Umgezogene 1)	Anzahl	9 641	10 692	11 369	13 163	10 780	9742	44.9		4.4.1
Wanderungsfälle je 1 000 Einw. us	Anzahl nd 1 Jahr	23 487 164	25 188 169	28 017 188	33 295 214	23 982 166	23世	***	***	***
Arbeitslage							153			
*Arbeitslose	1 000	8	10	5	6	7	5	5	6	8
darunter *Männer	1 000	6	6	3	3	4	2	2	3	4
Offene Stellen darunter für Männer	1 000	19	20 11	23 14	22 13	19	25 16	24 15	22 14	20 13
Landwirtschaft										
Viehbestand								1000		
*Rindvieh (einschließlich Kälber) darunter *Milchkühe	1 000	1 379 ^a 505 ^a	518	:			:		N	
*Schweine darunter *Zuchtsauen	1 000	1 701 ^a	1 680 ^a 172 ^a	1 789 172	*		- 1	1 918 192	*	,
darunter *trächtig	1 000	103ª	108ª	106		*		119		
Schlachtungen von Inlandtieren		1 6 7 1			100		40			1347
	1 000 St. 1 000 St.	21	30	39	52	41	32	41	54	45
*Schweine	1 000 St.	156	191	2 194	206	212	2 198	204	225	234
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	11	9°	3	5	16	3	3	7	21
Schlachtmengen ²⁾ aus gewerblichen Schlachtungen		1	22.4							
(ohne Geflügel) darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	17,7	24,0 7,0	26,8	31,3	27,7	25,3 7,4	28,2 9,5	33,3	30,2
*Kälber	1 000 t	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	12,6	16,7	17,6	18,7	18,2	17,6	18,5	20,2	19,8
Durchschnittliches Schlachtgewicht für Rinder (ohne Kälber)		200	210	200	0.10	240	-			
Kälber (onne Kalber)	kg kg	238 61	240 60	236 61	243 60	242 61	232 65	234 61	245 62	244 52
Schweine	kg	87	92	92	93	93	90	92	93	93
Geffügel		10000	19 11	77		M.C. N	411	13.00		
Eingelegte Bruteier ³⁾ *für Legehennenküken	1 000	523	528	464	506	484	483	528	486	539
*für Masthühnerküken	1 000	403	752	753	723	786	826	847	767	1 012
*Geflügelfleisch ⁴)	1 000 kg	302	733	790	803	783	759	895	793	848
Milcherzeugung	1 000 t	169	184	121	119	141	159	112	106	124
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	90	91	90	89	89	93	91	90	90
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,6	11,7	7,8	7,4	9,0	10,1	7,3	6,7	8,1

^{*)} wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

3) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

4) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember b) Winterhalbjahr 1965/66 = 18 c) Winterhalbjahr 1969/70 = 13

nc	och: Monats			amesz	-			4.00	70	
		1965 Mona	1969		1969			197		
		durchs		Sept.	Okt,	Nov.	August	Sept.	Okt,	Nov.
Industrie und Handwerk			100		Santa					
Industrie ⁵⁾	W. Salah			1137			100		- 1	
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) darunter *Arbeiter 6)	1 000 1 000	178 140	184 141	188 144	190 146	190 145	193 146	194 147	194 147	***
*Geleistete Arbeiterstunden *Löhne (brutto) *Gehälter (brutto)	Mill. Mill. DM Mill. DM	23 98,8 37,5	23 129,2 56,1	24 133,5 56,2	26 143,0 57,1	24 147,7 65,2	23 160,3 66,4	25 160,2 65,1	26 165,5 65,7	***
*Kohleverbrauch *Gasverbrauch *Heizölverbrauch	1 000 t SKE ⁷⁾ 1 000 cbm 1 000 t	8 869 ^d	41 19 175 88	40 19 956 86	46 21 392 102	46 20 831 105	30 24 261 84	32 23 696 91	37 23 346 107	***
*Stromverbrauch *Stromerzeugung	Mill, kWh	118	146	152	167	159	153	161	173	***
(gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill, kWh	36	39	37	45	47	33	33	1 184	***
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁸⁾ darunter *Auslandsumsatz	Mill, DM Mill, DM	746 92	983 157	1 057	1 123 146	1 088	1 037	1 149	145	***
Produktionsindex (ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Energieversorgung)	1962=100	116	157	160	167	176	152	171	170	
Steine und Erden		115	129	182	177	149	183	192	186	***
Eisen-, Stahl- und Temperguß Chemische Erzeugnisse		114 209	124 442	127 483	133	147 292	115 410	127 540	128 428	***
Papiere und Pappen		110	140	149	148	151	149	143	147	***
Ob. 131		120	182	192	190	221	179	189	205	***
Stahlbauerzeugnisse Maschinenbauerzeugnisse		108	135	128	145	144	126	144	143	***
Wasserfahrzeuge		110	139	125	148	162	124	149	160	***
Elektrotechnische Erzeugnisse Feinmechanische und optische Erzeugn	loca	121	257 141	271 86	289 141	345 227	242 122	323 148	305 154	***
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1990	141	249	252	268	309	202	209	219	***
Druckereierzeugnisse		115	238	221	270	302	207	249	269	***
Textilien Bekleidung		110	129 103	125 115	123 121	128 126	90	118 110	110	***
Süßwaren		109	98	124	140	121	65	95	132	816.00
Milch und Milcherzeugnisse Fleisch und Fleischerzeugnisse		109 134	124 159	75 184	75 162	98 201	99 180	72 182	73 195	***
außerdem Produktionsindex für die Bauindu	strie	107	116	144	139	138	147	152	152	***
Handwerk (Meßziffern) ⁹⁾ *Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100		98	99				97		
*Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer) V	jD 1962=100		138	144				160		*
darunter *Handwerksumsatz V	jD 1962=100		142	148	*		*	165	*	
Öffentliche Energieversorgu	ing ·						N. B		1	
*Stromerzeugung (brutto)	Mill, kWh	141	195	171	180	209	173	184	272	200
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill, kWh	279	397	380	424	439	410	425	492	*.*.*
*Gaserzeugung (brutto)	Mill, cbm	20	16	11	14	17	9	11	15	***
Bauwirtschaft und Wohnungs	wesen									
Bauhauptgewerbe ¹⁰⁾ *Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) Anzahl	67 971	62 200	63 236	62 498	61 523	64 076	63 390	63 154	***
≠Geleistete Arbeitsstunden darunter für	1 000	9 534	8 062	10 391	10 456	8 528	9 626	10 369	10 225	
*Wohnungsbauten *öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 960 3 978	3 404 3 342	4 325 4 404	4 358 4 495	3 660 3 542	3 989 4 300	4 303 4 697	4 261 4 556	10.00
*Löhne (brutto)	Mill, DM	50,0	52,2	67,8	70,3	57,9	79,2	83,9	84,5	***
*Gehälter (brutto)	Mill, DM	4,1	5,8	5,8	5,9	6,4	6,9	6,9	6,9	***
*Umsatz (ab 1970 ohne Umsatzsteuer)	Mill, DM	147,6	161,3	165,2	224,9	203,1	172,5	246,4	238,2	***

^{*)} wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke
6) einschließlich gewerblicher Lehrlinge 7) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts 8) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften
9) ohne handwertliche Nebenbetriehe 10) nach der Totalerhebung hochgerechnet d) ohne Erdgas und Erdölgas

		1965	1969		1969			1	970	
			nats- schnitt	Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
noch: Bauwirtschaft und Wohnungs	wesen				1	-				
Baugenehmigungen	Wesell		-				19-20			
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 100	913	1 103	1 138	839	985	1 039	1 020	814
darunter *Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	***	794	965	966	721	874	905	935	
*umbauter Raum	1 000 cbm	934	936	1 160	1 234	964	1 042	1 042	1 039	776
*veranschlagte reine Baukosten . *Wohnfläche	1 000 DM 1 000 qm	95 521 171	107 407 176	133 226 227	142 547 230	117 999 172	131 514 198	135 531 199		106 264
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude	Anzahl	169	198	284	223	184	191	214	213	154
*umbauter Raum	1 000 cbm	461	742	858	1 166	915	869	1 018	757	507
*veranschlagte reine Baukosten *Nutzfläche	1 000 DM 1 000 qm	33 344	57 594 132	60 983 166	106 650	62 663	75 612	88 973	68 032	65 639
	a oos qui	0.0	102	100	207	165	153	195	131	92
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 535	2 464	3 058	3 151	2 539	2 660	2 615	2 873	1 917
Baufertigstellungen									- 1	
Wohnräume 11)	Anzahl	2 447	2 009	1 094	1 367	1 428	1 134	1 237	1 354	1 683
Homi aumo	Anzahl	10 214	8 555	4 653	5 961	6 288	5 006	5 312	5 867	6 723
Handel und Gastgewerbe		1 1 1				-	-		- 13.15	
Ausfuhr		1 1 1		1	1 1 1 1					
*Ausfuhr insgesamt	Mill, DM	113,3	179,9	167,5	228,9	153,5	141,9	166,2	202,1	
davon Güter der *Ernährungswirtschaft	Mill, DM	12.0	21.6	10.1						
*gewerblichen Wirtschaft	Mill, DM	12,2	21,5	18,1	27,2	22,5	15,3	24,5	26,1	***
davon *Rohstoffe	Mill, DM	101,1	158,4	149,5	201,8	131,0	126,6	141,7	176,0	***
*Halbwaren	Mill, DM	9,3	11,0	11,5	9,4	12,6	12,8	13,4	4,3 11,5	***
*Fertigwaren	Mill, DM	88,9	143,7	133,4	187,7	114,7	110,2	123,9	160,1	
daven *Vorerzeugnisse *Enderzeugnisse	Mill, DM Mill, DM	5,9 82,9	14,6	15,5 117,8	16,0	13,0	12,7	14,5	16,5	
nach ausgewählten Verbrauchsländern	milit, Diff.	0.020	123,1	111,0	171,7	101,6	97,4	109,4	143,6	***
*EWG-Länder	Mill, DM	25,8	54,7	00.4						
darunter Italien	Mill. DM	6,6	14,8	62,4 17,2	58,5 16,1	53,0 16,6	42,3	54,9 12,8	56,1 15,7	***
Niederlande	Mill, DM	9,0	18,2	18,4	20,4	17,6	14,9	20,7	20,2	***
*EFTA-Länder darunter Dänemark	Mill. DM	43,9	58,9	42,5	98,3	40,7	35,5	48,4	64,7	***
Großbritannien	Mill, DM Mill, DM	9,6	10,3	8,1 5,6	10,3	8,0 6,7	9,6	15,5	11,5	***
Norwegen	Mill, DM	12,7	4,2	2,5	3,1	4,1	2,5	6,7	6,5	***
Schweden	Mill, DM	6,8	8,8	12,8	10,8	11,0	6,5	8,9	13,8	
andel mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (1								
Bezüge Schleswig-Holsteins Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM 1 000 DM	1 266	1 596	2 507	1 739	1 626	2 341	3 241	3 664	144
	1 000 15111	0.0-9	1 041	1 440	1 345	1 448	10 973	7 803	5 001	***
Handel mit Berlin (West) *Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	10.054								
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	19 951 36 510	30 013	33 014 42 327	39 048 50 961	33 574 41 810	28 987 34 156	29 635 40 827	40 195	***
ndex der Einzelhandelsumsätze		17.0					04 100	10 021	43 000	***
(einschließlich Mehrwertsteuer)	1962=100	***								
ndex der Gastgewerbeumsätze	OF ORLUPIES		***	***	***	***	***	433.	1.00	***
einschließlich Mehrwertsteuer)	1962=100									
		***	***	***	5.6.0	4.97	***	***	***	***
remdenverkehr in 136 Berichtsgemeinden *Fremdenmeldungen	1 000	160	100	455	450					
darunter #von Auslandsgästen	1 000	19	180	201	115	72	453 39	217		
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 073	1 411	1 623	452	235	5 313	1 872		***
darunter *von Auslandsgästen	1 000	38	39	42	28	17	94	45 1		***
Verkehr		THE L		-						
innenschiffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	217	246	273	287	053	200			
*Güterversand	1 000 t	354	386	472	461	251 406	279 485	291 515	303 461	283 404
Hannungan Jahrilmana Varillahanan										
ulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge darunter	Anzahl	5 806	6 718	6 641	7 799	6 139	5 371	7 151	7 868	
Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	13	15	10	4	9	28	10		
*Personenkraftwagen 12) *Lastkraftwagen	Anzahl	4 982	5 884	5 726	6 854	5 431	4 544	6 165	6 880	
	Anzahl	393	443	438	469	408	402	474	481	
raßenverkehrsunfälle *Unfälle mit Personenschaden			OI MONTH							
*Getötete Personen	Anzahl Anzahl	1 044	1 263	1 459	1 447	1 556	1 709		1 598 p	
*Verletzte Personen	Anzahl	1 403	1 718	1 935	1 912	2 069	2 384	96 p	88 p	

^{*)} wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht 11) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 12) einschließlich Kombinationskraftwagen

noci	n: Monats	s- und	Viertel	jahresz	ahlen					
		1965	1969	Line I	1969	4.8		19	70	
		Mon	ats- chnitt	Sept.	Okt,	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
Geld und Kredit	25 10							17 14		
Kredite und Einlagen ¹³⁾				HAY!				ALC:		
*Kredite an Nichtbanken		0.000								
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill, DM	8 273	14 825	14 225	14 351	14 601	15 671	15 870	15 957	***
*kurzfristige Kredite (ab Dezember 1968: bis zu 1 Jahr)	Mill, DM	2 076	3 052	2 825	2 849	2 971	3 237	3 349	3 344	
darunter						2.200				***
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 047	3 007	2 807	2 832	2 945	3 206	3 316	3 310	***
*mittelfristige Kredite ¹⁴⁾	****	201			200					
(ab Dezember 1968: 1 bis 4 Jahre) darunter	Mill, DM	661	1 065	1 009	997	1 000	1 161	1 178	1 176	***
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	607	1 021	966	956	960	1 114	1 129	1 123	***
*langfristige Kredite ¹⁴)	Mill. DM	5 536	10 708	10 391	10 505	10 630	11 273	11 343	11 437	***
darunter *an Unternehmen und Privatpersonen	Mill, DM	4 689	9 412	9 149	9 226	9 338	9 804	9 860	9 921	
					7 555					
*darunter durchlaufende Kredite	Mill. DM				*					***
*Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtb (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	anken Mill, DM	5 053	10 094	9 694	9 738	9 883	10 683	10 653	10 771	
	MIII, DW							200		***
*Sicht- und Termingelder darunter	Mill, DM	1 875	4 798	4 637	4 653	4 784	5 233	5 180	5 266	***
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 573	3 304	3 131	3 165	3 271	3 665	3 645	3 684	***
*Spareinlagen	Mill, DM	3 178	5 295	5 057	5 085	5 099	5 450	5 472	5 504	
darunter		0.100	0.070	2 000	2 246	9 559	9 400	9 470	9 407	100
*bei Sparkassen	Mill. DM	2 123	3 376	3 229	3 246	3 253	3 466	3 478	3 497	3 506
*Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	Mill. DM	153	244	243	242	208	292	275	***	10.00
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	125	214	218	214	195	241	253	1.0 0	***
*Zinsgutschriften	Mill. DM	9	17	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	6.8.8	111
Zahlungsschwierigkeiten		100				1		0.83		
*Konkurse	Anzahl	8	10	7	13	9	14	10	13	12
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1	1	2	~	-	2	-	3	1
*Wechselproteste (ohne die bei der Post) *Wechselsumme	Anzahl Mill, DM	0,935	459 0,838	0,698	455 0,901	403 0,815	417 1,233	365 0,852	***	***
						1 250		4	-	-
C. C.				1				1776		
Steuern					15.27	1318		1111		
*Gemeinschaftliche Steuern	1 000 DM	150 208	204 500	322 163	171 339	167 433	182 302	307 652	213 472	182 319
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	97 072		255 150	105 379	87 008	104 122	228 985		106 291
*Lohnsteuer *veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM 1 000 DM	43 631 41 819	72 413 48 793	79 509	89 178 13 415	91 832	91 896 7 144	92 149	112 432	107 427
*nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 011	1 312	676	1 516	462	785	620	4 516	1 081
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	10 612	14 935	34 172	1 271	3 304	4 296	25 477	766	2 261
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	53 136	67 047	67 013	65 959	80 425	78 180	78 666	72 740	76 028
*Umsatzsteuer *Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM 1 000 DM	48 411 4 725	50 013 17 034	50 677 16 337	46 702 19 257	59 567 20 859	56 006 22 173	56 165 22 501	51 653 21 087	53 670 22 358
		1 4 1 1								
*Bundesstevern *Zölle	1 000 DM 1 000 DM	64 743 7 074	77 213 8 264	77 104 8 803	79 584 11 224	90 531 15 340	77 634 4 556	78 403 7 303	79 516 8 473	80 572 9 706
*Verbrauchsteuern	1 000 DM	55 308	66 232	62 613	66 686	73 752	70 038	64 622	67 745	65 917
*Mineralölsteuer	1 000 DM	8 189	2 390	3 015	2 477	2 420	2 725	2 365	2 984	2 371
*Landessteuern	1 000 DM	17 226	23 512	19 540	21 329	29 309	30 641	20 897	21 998	30 900
*Vermögensteuer	1 000 DM	2 921	4 198	924	707	11 409	13.775	1 977	1 937	13 852
*Kraftfahrzeugsteuer *Biersteuer	1 000 DM 1 000 DM	8 835 721	12 076 932	12 175	13 510 997	10 884	11 254 1 693	13 103	14 614	12 007 977
						310	300			-
* Gemeindesteuern	1 000 DM	105 110 75 652	139 658		9	14		128 741 e 75 727 e		
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital *Grundsteuer A	1 000 DM 1 000 DM	75 652		7 200		:		8 433	*	-
*Grundsteuer B	1 000 DM	16 037		21 397				20 851	-	74
Claushour des Dandes	1 000 011		100 000	000 40	100 100	001 100	100 100	000 000	100.000	100 000
* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	(154 810	1192 368	233 420	1182 426	201 409	1177 488	233 760	1193 600	1119 727

^{*)} wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt

13) ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1967 unter 5 Mill. DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute.

Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar

14) einschließlich durchlaufender Kredite e) 1, 7, - 30, 9.

		1965	1969		1969			1:	970	1
		200724	nats= schnitt	Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
noch: Steuern				10	*					
Einnahmen des Landes	1 000 DM	76 440	112 857	185 388	89 826	85 864	122 141	162 460	123 540	120 25
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	59 214			68 497	56 555	45 128	100 290	46 870	45 93
*Anteil an den Steuern vom Umsatz *Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM						46 372	41 273	38 376	43 41
Timest an der Gewetnestederutttage	1 000 DM		*						16 296	
Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	105 110	139 658	139 556 ^e				148 834	8	
*Gemeindeeinkommensteuer	1 000 DM							51 905		100
Preise			-				100	2		
Preisindexziffern im Bundesgeblet			1800			1000				1- 17
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	106,3	108,0	109,3	105,8	105,5	106,2	106,5	106,3	
Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	1962=100	104,8	111,3	113,2	113,1	113,4	116,9	116,8	117,5	
Grundstoffpreise 15)	1962=100	105,9	101,9	102,5	103,1	104,2	104,1	103,9	103,6	
Erzeugerpreise 15)										
industrieller Produkte 15) landwirtschaftlicher Produkte 15)	1962=100	104,0	101,5	102,1	103,3	103,9	107,8	108,0	108,5	109,
	1961/63=100	114,1	106,28	106,4	106,4	107,8	p 101,0	p 99,1	p 98,0	*.*
Preisindex für Wohngebäude Bauleistungen am Gebäude	1000 100	-								
	1962=100	114,6	127,2			132,6	149,6			
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 15)	1000/00-100	son of							-	
	1962/63=100	107,71	105,8 ^g		104,0	104,8	109,3	109,1	108,6	100
Einzelhandelspreise	1962=100	104,6	108,7	108,6	108,9	109,3	112,5	112,5	112,9	113,6
Preisindex für die Lebenshaltung 16)	1962=100	109,0	119,3	119,6	119,8	120,1	124,0	123,8	124,2	124,8
darunter Nahrungs- und Genußmittel		100.0	1110	and a						
Kleidung, Schuhe		109,0	114,2 113,2	114,1	113,7	113,9	117,7	116,4	116,4	116,5
Wohnungsmieten		118,5	161,9	163,3	113,8 163,8	114,2 164,0	118,1	118,9 169,8	119,8	120,5
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		106,1	117,8	116,8	121,2	122,5	124,5	125,6	170,8 126,9	171,5
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung								,.	22030	20.30
tur die nausnattstunrung		106,2	109,5	109,7	110,1	110,5	114,3	115,3	115,8	116,2
Löhne und Gehälter 170					1130					
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau		3351								
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	211	259		272				212	
darunter Facharbeiter	DM	224	274		287	3			317	
*weibliche Arbeiter	DM	125	157		165				184	
Bruttostundenverdienste		100					10 1			
*männliche Arbeiter darunter Facharbeiter	DM	4,58	5,71		6,00				6,97	
*weibliche Arbeiter	DM DM	4,88	6,06		6,37				7,47	
Bezahlte Wochenarbeitszeit	LEINL	3,00	3,83	*	3,97				4,44	1
*männliche Arbeiter	Std.	45.0	45 A							
*weibliche Arbeiter	Std.	45,9 41,5	45,2	*	45,3 41,6	8			45,5	
Geleistete Wochenarbeitszeit	0.0.	24,50	20,0		41,0	1			41,4	
*männliche Arbeiter	Std.	42,3	41,2		44.0					
*weibliche Arbeiter	Std.	37,4	36,7	1	44,0				42,9 39,2	
Angestellte, Bruttomonatsverdienste						*		1	35,2	18
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte				1-1-1		-				
*männlich	DM	1 020	1 013		1 365				1 504	
*weiblich	DM	666	852		888			*	979	
Technische Angestellte *männlich		2000			lie year				0.10	
*weiblich	DM DM	1 148 687	1 409	- *	1 466	(4)		4	1 643	
in Handel, Kredit und Versicherungen	DM	001	876		.913				1 006	
Kaufmännische Angestellte	The second									
*männlich	DM	897	1 157		1 194	4 5				
*weiblich	DM	557	719	*	734	*			1 307 820	
Technische Angestellte				7.5					020	*
männlich weiblich	DM	1 019	1 261		1 354				1 459	
	DM	- 4	(852)	*						
in Industrie und Handel zusammen				-		1 5 11				
Kaufmännische Angestellte *männlich	DAG	004	1 000							
*weiblich	DM DM	934 588	1 208 758	*	1 248				1 372	
Technische Angestellte	17174	0.00	108		779				867	
*männlich	DM	1 138	1 398		1 459				1 634	
*weiblich	DM	687	875		910			*	1 004	

^{*)} wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
15) ab 1968 ohne Umsatz(Mehrwert)steuer
16) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden
Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962
17) Effektivverdienste
e) 1, 7, - 30.9.
f) Wirtschaftsjahr 1965/66 (Juli - Juni)
g) Wirtschaftsjahr *069/70 (Juli - Juni)

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

	1 (6)	Wohnun	gswesen			Aus	fuhr			Fremden	verkehr ²⁾	CAR
	zum Bau	100	estellte ngen 1)	Bestand		in	in Länder	von Gütern der	Mel	dungen	Übernachtungen	
Jahr	geneh- migte Woh-1) nungen	gte ins- h-1) gesamt woh- in wegenen 1000	nungen in	ins- gesamt	EWG- Länder	der EFTA	gewerbl, Wirt- schaft	ins- gesamt	Auslands- gäste	ins- gesamt	Auslands- gäste	
	in 1 000	1 000	in %	1 000		Mill	DM			in 1	000	
1965	28	27	51	794	1 360	309	527	1 214	1 912	229	12 828	453
1966	25	26	47	820	1 645	350	665	1 517	1 956	229	13 684	459
1967	25	26	39	847 845	1 541	445	525	1 385	2 032	240	14 917	479
1968	24 28	24 23	29	845 868	1 905 2 159	545 656	667 707	1 722	2 048 2 151	238 235	15 602 16 856	473 466

		WA 12-14-			Straß	enverkehrs	unfälle			Sozialhilfe		Kriegs-
		Kiz-Besta	nd am 1.7.		mit I	Personensel	haden	Spar-4)	ins-	laufende	Hilfe zum	opfer- fürsorge
Jahr	ins-	Kraft-	Pkw ³⁾	Lkw	am gesamt Lebensunterhal				nterhalt	141301gG		
	gesamt	räder	IAW	Likw	Unfälle	Getötete	Verletzte	in Mill, DM	Aufwand in	Aufwand	Em- pfänger	Aufwand
		in 1	000						Mill, DM	Mill. DM	in 1 000	Mill, DM
1965	498	23	374	37	12 528	667	16 840	3 178	94,6	36,9	36,2	12,5
1966	543	18	421	38	13 379	718	18 019	3 668	104,5	38,7	35,6	14,1
1967	569	12	451	37	14 297	742	19 243	4 158	112,6	40,3	37,5	13,5
1968	596	10	478	38	14 877	769	20 246	4 744	117,8	39,7	34,0	12,7
1969	636	8	516	39	15 153	778	20 619	5 295	124,8	41,4	***	11,6

			Ste	uereinnahn	nen			Character			uverschuldu	ng ⁶⁾
		des Bundes des		des I	andes	der Gemeinden		vom Eink	ommen 5)		der Gemeinden und Gemeindeverbände	
Jahr	ins- gesamt	Umsatz- steuer	Ver- brauch- steuern	ins- gesamt	aus Steuern vom Ein- kommen	ins- gesamt	Gewerbe- steuer	ins- gesamt	Lohn- steuer	des Landes	ins- gesamt	Kredit- markt- mittel
						Mi	II. DM			P F C		
1965 1966 1967 1968	1 858 1 911 1 962 1 964	638 680 686 586	664 646 706 749	917 982 1 059 1 161	711 759 814 908	420 441 452 479	303 314 321 340	1 165 1 245 1 292 1 442	524 598 616 701	1 803 1 950 2 136 2 361	1 240 1 323 1 429 1 461	888 971 1 074 1 089
1969	2 308	805	795	1 354	1 072	559	409	1 649	869	2 431	1 580	1 100

		Pro	eisindices			P-M. M.		Lö	nne und Gel	nälter			
			THE ST	für	die 7)	Industries	arbeiter ⁹⁾	Angest, in	Industrie ⁹	u, Handel	öffentli	her Dienst	
	Erzeug	gerpreise	für		=100	Bruttowo	chenlohn	Bru	ttomonatsge	ehalt	Bruttomo	natsgehalt ¹⁰⁾	
Jahr	indu- strieller Produkte 8) Wohn- gebäude sins-	Nah- rungs-	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte		techn. Angest.	Beamte A 9	Ange- stellte BAT VIII				
	Produkte	odukte	12	1962=100	gesamt	und Genuß-			Männer	Frauen	Männer	(Inspek- tor)	(Bürokraft)
	1962=100	1961/63 =100			mittel				DM				
1965	104,0	114,1	114,6	109,0	109,0	211	125	934	588	1 138	1 165	824	
1966	105,8	109,3	118,5	112,8	112,0	221	135	1 010	636	1 208	1 298	922	
1967	104,9	99,8	115,9	114,4	112,0	223	135	1 048	658	1 248	1 298	922	
1968	99,3	102,6	120,8	116,1	111,1	235	143	1 110	705	1 284	1 348	953	
1969	101,5	***	127,2	119,3	114,2	259	157	1 317	852	1 409	1 449	1 021	

¹⁾ nur Errichtung neuer Gebäude 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)
3) einschließlich Kombinationskraftwagen 4) ohne Postspareinlagen 5) Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie nicht veranlagte Steuer vom Ertrag; in den Spalten der Landes- und Bundessteuern enthalten 6) ohne Kassenkredite
7) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau 10) Endgehalt, Ortsklasse A. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind a) auf der Grundlage der Wohnungszählung 1968 fortgeschrieben

Kreiszahlen

	Bevölker	ung ar	n 31. J	uli 1	970 ¹⁾			erungsverän im Juli 1970		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Nov. 1970 (vorläufige Zahlen)			
KREISFREIE STADT Kreis			Verär gege	nüber	100		rschuß fer	Wande- rungs-	Bevölke- rungs-				
Rieis	insgesamt	Vor	monat		Vorjahres- monat 2)		orenen der orbenen	gewinn oder -verlust	zunahme oder -abnahme	Unfälle	Getötete ³⁾	Verletzte	
			in	%	TELL	The state of the s	(-)	(-)	(-)				
FLENSBURG	96 435		0,1	-	0,3		16	- 67	- 51	62	3	82	
KIEL	275 273		0,1	-	0,3		-	- 288	- 288	164	3	201	
LÜBECK	242 721	+	0,0	-	0,6	:=	9	102	93	130	5	157	
NEUMÜNSTER	84 833	+	0,1	+	0,5		15	72	87	69	1	91	
Dithmarschen	135 700	+	0,1	-	0,0		51	42	93	82	5	102	
Flensburg-Land	75 422	+	0,3	+	1,8	100	40	168	208	21	1	40	
Hzgt, Lauenburg	145 426	+	0,3	+	1,3		21	398	419	67	4	83	
Nordfriesland	166 578	+	0,4	+	1,2	1	67	648	715	94	5	135	
Ostholstein	190 082	+	0,4	+	2,0	-	11	740	729	77	6	111	
Pinneberg	248 495	+	0,2	+	1,5	B	60	452	512	148	10	190	
Plön	109 146	+	0,1	+	0,7		21	69	90	61	8	84	
Rendsburg-Eckernförde	229 008	+	0,1	+	0,3		69	214	283	142	7	218	
ichleswig	101 531		0,0	+	0,2		28	- 40	- 12	40	3	49	
egeberg	171 463	+	0,3	*	3,8		82	482	564	119	11	142	
teinburg	136 247	+	0,1	+	0,3		11	111	122	82	2	99	
Stormarn	164 664	+	0,2	+	2,2		51	330	381	103	10	129	
Schleswig-Holstein	2 573 024	+	0,2	+	0,9		512	3 433	3 945	1 461	84	1 913	

		Indu	strie ⁴⁾		, K1	raftfahrzeugbesta am 1. Juli 1970	nd		
KREISFREIE STADT	Betriebe		häftigte ktober 1970	Umsatz ⁵⁾ im Oktober		Pkw ⁶			
	am 31, 10, 1970	Anzahl	je 1 000 Einwohner	1970 in Mill. DM	insgesamt	Anzahl	je 1 000 Einwohner		
FLENSBURG	70	8 639	89	63	22 843	20 585			
KIEL	157	32 103	116	102	64 423	57 994	***		
LÜBECK	146	33 268	137	158	56 365	49 658			
NEUMÜNSTER	64	11 211	132	41	19 213	16 983			
Dithmarschen	64	6 414	47	79	39 242	29 598			
Tlensburg-Land	33	954	13	7	24 560	18 533			
Izgt. Lauenburg	97	9 355	65	45	40 923	33 171			
Nordfriesland	48	2 962	18	31	48 205	36 915	***		
Stholstein	76	5 982	32	42	49 354	39 453			
Pinneberg	227	25 092	101	182	65 540	56 315			
Plön	46	2 868	26	20	34 199	27 035			
tendsburg-Eckernförde	124	11 770	52	51	67 557	52 829	***		
chleswig	38	3 459	34	47	30 042	22 913			
egeberg	169	13 356	79	95	55 014	44 533	***		
teinburg	97	11 546	85	77	29 574	22 912			
tormarn	104	14 755	90	142	50 840	43 429			
chleswig-Holstein	1 560	193 734	76	1 184	697 894	572 856	***		

¹⁾ Fortschreibung auf Grund der Volkszählung 1961 2) nach dem Gebietsstand vom 31, 7, 1970
3) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
4) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke
5) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
6) einschließlich Kombinationskraftwagen
Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 102 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

		evölkerun 26. Mai 1	CALL CO.			Beschäf- tigte auslän-		milcherzeu Oktober 19			*Viehbestände	8.	
Land	THE R	Verän geger		-	Offene Stellen am 31, 10,	dische Arbeit- nehmer		darunter an Meiereien	kg	Schweine	Rindvieh a	m 3,6,1970 Milchkühe	
	in 1 000	VZ 1961	30. 19	6.	1970 in 1 000	am 30, 9.	1 000 t	und Händler	je Kuh und Tag	am 3,9,1970	insgesamt	(einschl. Zugkühe)	
		in	%			1970 in 1 000		geliefert in %			in 1 000		
Schleswig-Holstein	2 567	+. 11	+	0,2	22	26	106	89,6	6,7	1.918	1 531	495	
	1 812	. 1	-	0,1	29	50	1	90,3	7,2	19	19	5	
Hamburg Niedersachsen	7 125	+ 7	4	0.2	70	115	259	85,6	8,1	6 165	3 011	1 012	
Bremen	757	+ 7	*	0,3	12	13	1	70,1	7,5	11	20	5	
Nordrhein-Westfalen	17 207	+ 8	+	0,2	226	547	215	87,7	9,3	4 280	2 002	724	
Hessen	5 461	+ 13	+	0,4	76	226	106	83,0	9,2	1 478	939	354	
	3 684	+ 8	+	0,2	31	62	78	77,9	8,9	868	765	278	
Rheinland-Pfalz	8 996	+ 16	+	0,4	123	511	212	75,5	8,8	2 213	1 848	752	
Baden-Württemberg	10 644	+ 12	+	0,4	124	313	577	79.7	9,3	4 561	4 475	1 958	
Bayern	1 127	+ 5		W, 2	7	23	9	77,0	9,5	83	75	30	
Saarland . Berlin (West)	2 130	- 3	-	0,0	29	63	0	16,3	14,5				
Bundesgebiet	61 508	+ 9	+	0,3	748	1 949	1 565	82,0	8,8	21 597 ^a	14 685 ^a	5 614 ^a	

			Industrie ¹⁾			Bauh	aupt	gewerbe		Wohnung im Augu		
Land	Besch am 31, J	äftigte uli 1970	Umsatz ²⁾ im Juli 1970		Produk- tions-			ftigte gust 1970	zum Bau g Wohn		fertiggestellte Wohnungen	
Land	in 1 000	je 1 000 Ein- wohner	Mill, DM	Aus- lands- umsatz in %	index3) 1962=100 im Juli 1970	in 1	000	je 1 000 Ein- wohner	Anzahl	je 10 000 Ein- wohner	Anzahl	je 10 000 Ein- wohner
Schleswig-Holstein	192	75	1 057	12	150		64	25	2 660	10,4	1 134	4,4
	213	117	1 566	18	115		47	26	1 334	7,3	354	1,9
Hamburg	803	113	3 909	18	110	1	87	26	6 172	8,7	3 023	4,3
Niedersachsen	101	134	758	25	146		22	29	269	3,6	511	6,8
Bremen		157	15 184	19	133		397	23	16 727	9,8	6 587	3,8
Nordrhein-Westfalen Hessen	2 699 754	138	3 699	22	150		144	26	5 102	9,4	2 595	4,8
	408	111	2 480	21	209		91	25	2 721	7,4	1 737	4,7
Rheinland-Pfalz	1 612	179	7 830	21	160	2	245	27	9 239	10,4	3 865	4,3
Baden-Württemberg		132	6 655	18	157	9	311	29	12 575	11,9	4 413	4,2
Bayern	1 403	150	734	29	141		23	21	534	4,7	404	3,6
Saarland Berlin (West)	267	125	1 225	10	122		50	24	1 368	6,4	1 050	4,9
Bundesgebiet	8 621	140	45 097	19	145	1 5	583	26	58 701	9,6	25 673	4,2

	#Ki	fz-Bestand 1, Juli 19'	1)	Stra Person	Benverkehr enschaden i	sunfälle r m Septembe	nit er 1970	Bestand an Spar-	Steueraufkommen im 2, Vierteljahr 1970			
Land	ins-	Pkv	5)				Verun-	einlagen7) am 30.6.	Landes-	Bundes-	Gemeinde	
	gesamt	Anzahl	je 1 000 Ein-	Unfälle	Getötete	Verletzte	je 100 Unfälle	1970 in DM je	steuern in DM je Einwoh			
	in 1 000		wohner					Einwohner	steuern in DM je Ednwor		alliwoung.	
Schleswig-Holstein	698	573		1 597	96	2 125	139	2 106	170	234	55	
	479	433		1 164	30	1 609	141	3 994	320	1 502	114	
lamburg	1 967	1 600		4 162	272	5 842	147	2 613	170	201	64	
Wiedersachsen	187	167		434	13	535	126	2 973	215	876	96	
Bremen	4 304	3 762	8.6.4	9 481	383	12 874	140	3 001	193	302	78	
Nordrhein-Westfalen Hessen	1 584	1 336	***	3 200	173	4 471	145	3 222	211	310	82	
	1 035	826		2 075	126	2 946	148	2 646	168	229	68	
theinland-Pfalz	2 587	2 130		4 528	284	6 563	151	3 138	207	305	77	
Baden-Württemberg	3 135	2 426	217.6	5 850	340	8 311	148	3 106	182	243	67	
Bayern	270	233	***	657	37	880	140	2 452	169	203	5.3	
Saarland Berlin (West)	474	428	***	1 289	38	1 643	130	2 376	131	458	68	
Bundesgebiet	16 783 ^b	13 941 ^b		34 437	1 792	47 799	144	2 952	191	321	74	

^{*)} An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Eriöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) ohne Bundespost und Bundesbahn

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

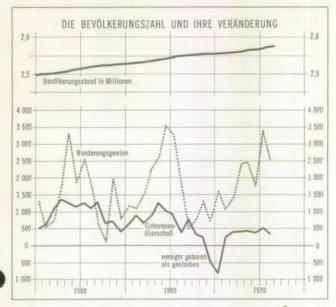
6) Schleswig-Holstein endestlige, Sheige Länder von Schleswig-Holstein endestlige und Schleswig-Holstein endestlige und

5) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) ohne Postspareinlagen a) ohne Berlin [West) b) einschl

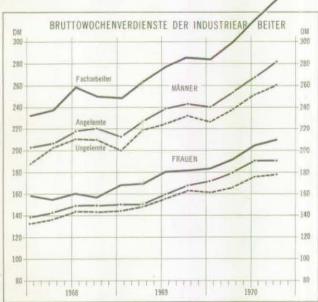
raftwagen 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen
8) Einkommen- und Umsatzsteuern jeweils anteilig enthalten
b) einschließlich Bundespost und Bundesbahn: 62 089 Kfz und 27 236 Pkw

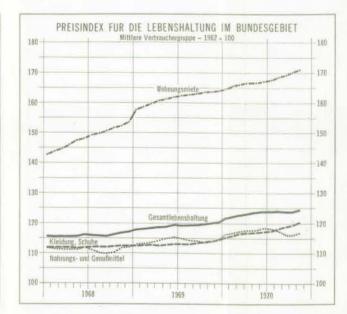
SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

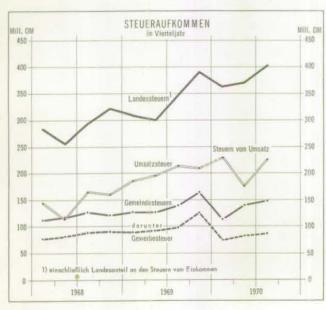
Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

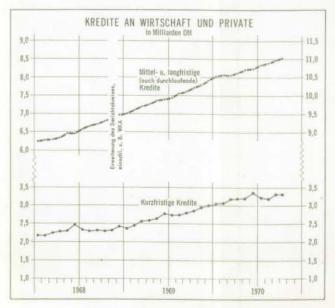


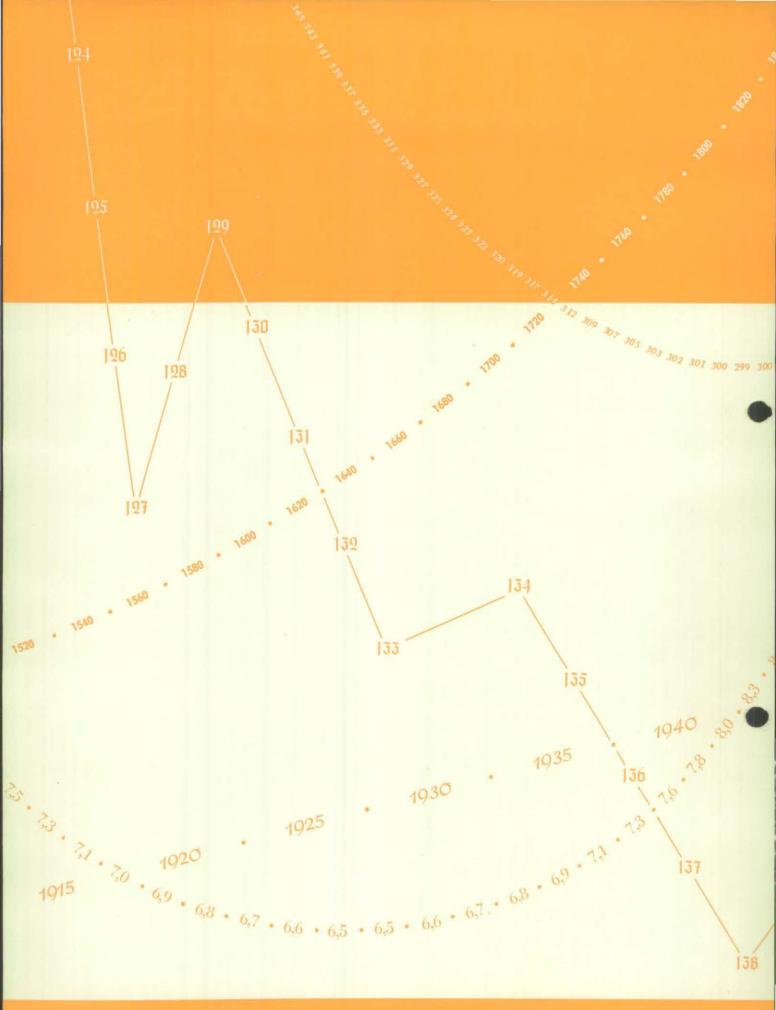












Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf (0431) 407 11
Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya
Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21
Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird –
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen